

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS

Internationale Revue

Herausgegeben von Professor Dr. R. Broda-Zürich

11. JAHR

JAN. 1918



Publikations-Organ des Instituts für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen und Organ des Bundes für Menschheitsinteressen und :: Organisierung menschlichen Fortschritts ::

Akademische Buchhandlung von Max Drechsel in Bern

Jährlich 4 Hefte für 6 Fr. (7 Mk. 50 Pfg.). Einzelhefte der „Dokumente des Fortschritts“ Fr. 1.50 (2 Mk.).

INHALT:

.....

DIESES HEFT IST VORNEHMLICH WIRTSCHAFTLICHEN FRAGEN
GEWIDMET.

WALTER EGGENSCHWYLER, Zürich: Die Weltwirtschaftliche Konzentration und der Sozial-Individualismus der Zukunft	3
EDUARD BERNSTEIN, Mitglied des deutschen Reichstags: Handelspolitik und Friede	8
E. D. MOREL, London: Unser Handelskrieg gegen Deutschland	16
PROF. DR. R. BRODA: Zur Frage der Bevölkerungsdichte nach dem Kriege	21
PROF. DR. A. FOREL: Internationales Permanentes Protektorat der Kolonien und anderer Erdgebiete mit beschränkter Freiheit	24
BERTHOLD WELTNER, Leipzig: Wichtige Fortschritte in der rationellen Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft	36



DEN UMSCHLAG ZEICHNETE LUCIAN BERNHARD.

WALTER EGGENSCHWYLER, ZÜRICH: DIE WELT-WIRTSCHAFTLICHE KONZENTRATION UND DER SOZIAL-INDIVIDUALISMUS DER ZUKUNFT.

I.



Es ist eine alte Wahrheit, dass grosse Ereignisse von den Zeitgenossen in ihrer Tragweite unterschätzt werden, ja, wenn es nicht zufällig politische oder militärische Aktionen sind, als etwas fast Selbstverständliches hingenommen werden. Schon die Langsamkeit, mit der sich grosse soziale Umwälzungen zu vollziehen pflegen, entzieht sie der Aufmerksamkeit der Menge, die nun einmal nur für «Tagesneuigkeiten» zu haben ist. Das grösste bisherige Kulturereignis, die beginnende Rationalisierung des menschlichen Daseins, das Heraustreten der Menschheit aus einem durch Herkunft, Religion und Vorurteil gebundenen Zustand, das Umsichgreifen des freien Beliebens in der Wahl des Wohnorts, des Berufs, der Gesellschaft usw. und die damit verbundene soziale Atomisierung (oder Isolierung des Individuums) ist bisher in seiner ganzen Bedeutung kaum den Berufshistorikern zum Bewusstsein gekommen.

Wie sollte es der zweiten grossen sozialen und wirtschaftlichen Umwälzung der Neuzeit anders ergehen, nämlich der vorerst durch den Kriegslärm übertönten Abkehr vom freien Wettbewerb und der «anarchischen Produktionsweise» zu neuen Formen des «Gebundenseins», der alles Wirtschafts- und Kulturleben beherrschenden Tendenz zur Zusammenfassung der Kräfte, zur Organisation und Monopolbildung? Und doch haben wir hier zweifellos ein sozial ungleich wichtigeres Ereignis vor uns als es die Eroberung eines neuen Landstrichs durch die Kriegführenden — oder selbst der «Endsieg» der einen oder andern Gruppe wäre! Die heutige Neugruppierung der politischen Mächte wird längst vergessen sein, wenn uns die Bedeutung dieser Umwälzung erst recht zum Bewusstsein kommt. Lange Jahrhunderte hindurch wird man es sich erzählen, wie die Menschheit sich unter dem Anstoss des blutigen Krieges zu einer neuen Gesellschaftsverfassung durchrang, wie jahrhundertalte Zwiste beigelegt wurden und neue mächtige Interessenkonflikte ausbrachen, wie alte, durch Sitte, Herkunft usw. geheiligte Bande sich auflösten und neue, meist auf freier Vereinbarung fussende, sich an ihre Stelle setzten. Wie die Menschheit mit erwachendem Industrialismus eine furchtbare Krise der sozialen Gruppierung durchmachte und nur langsam sich zu neuen Organisationsformen durchrang.

Ein kurzer Rückblick wird unsern Blick für die heutigen Ereignisse schärfen: Haupttatsache des 19. Jahrhunderts war die den Frühkapitalismus begleitende Proletarisierung oder Atomisierung weiter Volksklassen und die mit dem

aufkommenden Liberalismus siegende «anarchische Produktionsweise». Auf die historische Verursachung und die Segnungen jener Revolution ist hier nicht einzugehen. Sie lassen sich in keiner Weise vom politischen Liberalismus trennen, der uns lehrte, Zweck und Wesen des Staates ganz anders zu beurteilen als früher, nämlich im Staat einen Beauftragten der Nation zu sehen, auch staatliche Leistungen mehr und mehr dem Kriterium der Zweckmässigkeit zu unterstellen.

Die praktische Folge jener doppelten Umwälzung war die Entfesselung ungeheurer Energien in dem von Obrigkeiten, Zünften, Kasten, Kirchen usw. emanzipierten Individuum, die Erweckung eines alle menschlichen Einrichtungen erschütternden moralischen Individualismus, dessen Folgen offenbar noch bei weitem nicht erschöpft sind, und der dafür sorgt, dass die Neuorganisierung der Gesellschaft in ganz andern (nämlich vorwiegend kontraktuellen) Bahnen vor sich gehen muss, als vor 1800.

Heute erleben wir — wie bemerkt — eine Art Rückkehr zu neuen Formen des Gebundenseins. Hüten wir uns aber wohl, diese in veralteten Bahnen zu suchen! Was wir heute in der staatlichen Hypertrophie und Zentralisation, im Zusammenschluss der Privaten zu Erwerbsgesellschaften, Genossenschaften, Vereinen, Zweckverbänden, wissenschaftlichen und gemeinnützigen Gesellschaften, Syndikaten, Trusts usw. erleben, das ist in gewissem Sinne das genaue Gegenteil der früheren Organisationstypen. Fortschreitend wird Altes, auf Herkommen und Autorität Beruhendes, aufgelöst und durch Freiwillig-Zweckmässiges ersetzt. In Kirchen, Parteien, Vereinen, Familien und Staaten siegt mehr und mehr der Vertrags- und der Zweckgedanke. Obgleich durch die Kriegskrise zeitweise aufgehalten, scheint die Verallgemeinerung solcher Gebilde (besonders der Erwerbsgesellschaften) der Autorität jener geradezu den Gnadenstoss zu geben.

Besonders in politischer Hinsicht werden wir (infolge der uns ganz unbekannten Zukunftsgestaltung des Staatlichen) mit Prophezeiungen nicht genug zurückhalten können. Welches auch die Aufgaben und die Zusammensetzung der künftigen Staaten sein werden, so werden sie doch von allem früher Gesehenen von Grund aus abweichen, so sehr, dass es fast als Verwegenheit erscheinen muss, sie noch mit demselben Sammelnamen zu bezeichnen...

Auf drei Wegen findet heute die Abkehr vom extremen Individualismus, von der sozialen Atomisierung des 19. Jahrhunderts statt: durch das vielfach überstürzte, in seinen Folgen noch durchaus unbekannte Wachstum des Staates, durch die Zusammenballung privatindustrieller, finanzieller usw. Macht in Trusts, Kartellen und Syndikaten, — und durch den Zusammenschluss der bedrohten Konsumenten, Klein- und Mittelunternehmer in Genossenschaften und dergl.

Während aber die beiden erstgenannten Organisationsformen, die öffentliche und die privatmonopolistische, durch den Krieg über alle Massen beschleunigt wurden, erscheint die Gegenorganisation der bedrohten Konsu-

menten, Kleinproduzenten usw. durch diesen Prozess wie gelähmt und hoffnungslos den Uebergriffen monopolistischer Gebilde preisgegeben.

II.

Wie wird sich unter diesen Umständen die Selbstbestimmung der Völker weiter entwickeln. Zunächst eine Vorbemerkung: Soweit bisher in der politischen Literatur von dieser Selbstbestimmung die Rede war (und Gott weiss, ob es daran mangelte!), hatte man fast durchweg äusserliche, formale Merkmale im Auge. Man wünschte die «Demokratie» und fasste diesen Begriff in einseitig juristisch-institutionellem Sinne als allgemeines Wahlrecht und Parlements herrschaft. Alle paar Jahre oder Monate einen Wahlzettel in die Urne werfen dürfen schien den meisten eine ausreichende Garantie für die Selbstregierung des Volkes. — Wir teilen diese Auffassung nicht, halten vielmehr dafür, dass Wahlrecht und Parlements herrschaft der Möglichkeit eines despotischen oder oligarchischen Regiments nicht den geringsten Eintrag tun, aus dem doppelten Grunde, weil die Parlements beschlüsse zum Wohl und Wehe des Einzelnen nur die allerentfernteste Beziehung haben und der Einzelne gar nicht die Möglichkeit hat, seine Interessen ohne die Vermittlung eines (so mächtigen als interessierten) Vertretertums zum Ausdruck zu bringen.

Was aber die tatsächliche Demokratie, nämlich die Verwischung der sozialen Macht-, Bildungs- und Vermögensunterschiede und das Mass der jedem Einzelnen eingeräumten Selbstbestimmung anbetrifft, so scheint sie mir weit mehr von wirtschaftlich-technischen Gegebenheiten als vom Willen des Gesetzgebers abzuhängen. Wohl können wir im Lauf der Geschichte scharf zwischen Epochen der Demokratisierung und der sozialen Differenzierung, der Ausgleichung und der Verschärfung der Klassengegensätze unterscheiden. Aber in nur sehr beschränktem Mass unterliegt dieser Wechsel unserm Willen. Meist sind es Wohlstand und langer Friede, die (wie im 15. und 16. Jahrhundert, wie gegen 1850 und 1900) den volkstümlich-demokratischen Tendenzen zum Siege verhelfen, während Krieg, Notstand und wirtschaftliche Depression die umgekehrte Entwicklung herbeiführen (dreissigjähriger Krieg, Restauration!).

Was die nächste Zukunft anbelangt, so scheinen mir Zweifel an der Fortentwicklung in demokratischem Sinne aus den folgenden Gründen angebracht.

Einmal hat sich der Krieg von jeher als der entschiedenste Feind aller politischen Freiheit erwiesen. Seine dauerndste Bescherung ist eine furchtbare Hypertrophie der Staatsmaschine und des Staatshaushalts, die radikale Einengung der persönlichen Freiheit, besonders der wirtschaftlichen Freiheit, durch Gesetze, Verordnungen, Steuern, Aemter und Behörden aller Art. Auf die Ursachen dieses Zusammenhangs ist hier nicht einzugehen. Es genüge der Hinweis auf die interessante These Goldscheids, dass die persönliche Freiheit überall etwa im umgekehrten Verhältnis des staatlichen

Geldbedarfs steht, ja dass die Finanznot so eigentlich die treibende Kraft aller Staaten- und Behördenbildung sei.*)"

An Beispielen für diese freiheitsfeindliche Tendenz des Krieges ist ja die Gegenwart überreich. Zum bedenklichsten gehört der werdende Geldtrust, d. h. die Anmassung des Staates, die Sparkraft des Landes nach eigenem Gutdünken (obwohl unter Mitwirkung einiger allmächtiger Finanzgrößen) zu verwenden.**)

Hand in Hand mit dieser staatlichen Hypertrophie geht die bereits erwähnte industriell-finanzielle Konzentrationsbewegung, die Zusammenballung der Kapitalmacht in immer weniger Händen. Umsonst sucht man diesem Entwicklungsgesetz durch progressive Steuern, durch Aktiengesetzgebung usw. beizukommen. Die Steuern werden zum grössten Teil übergewälzt, ja tragen nicht wenig dazu bei, den Zusammenschluss der bedrohten Unternehmungen zu fördern.***) Die Gesetzgebung aber unterliegt mehr und mehr selbst dem Einfluss des syndizierten Grosskapitals, das in Form der politischen Presse ein überaus einfaches und sicheres Mittel gefunden hat, um sich die öffentliche Meinung und die Wählerschaft selber dienstbar zu machen. Gelänge es einer führenden Bankgruppe, die Mehrzahl der grossen Blätter eines Landes in ihre Gewalt zu bringen, so wäre es um die Rechte der grossen Menge unwiderruflich geschehen. Die Volkswahl würde (und ist es teilweise bereits) zu einer blossen Farce, mittels der sich die gebietende Personenklasse selbst bestätigt!

An dritter Stelle seien die wirtschaftlichen Hemmnisse der Volksherrschaft genannt. Die ganze Weltgeschichte lässt uns das zeitweise Auftreten demokratischer Sitten und Staatsformen als eine Funktion steigenden Wohlstandes — und starker Nachfrage nach Menschenarbeit erscheinen. Hat ein Volk einige Jahrzehnte in Frieden und Wohlstand gelebt, so mildern sich die sozialen Gegensätze, die Klassen und Kasten befreunden sich, die Regierung wird volkstümlich, die Opposition salonfähig. Die Arbeit des gemeinen Mannes wird (besonders in der kapitalistischen Wirtschaft) gesucht — und daher geschätzt. Die Einkommen gleichen sich aus, Standes- und Bildungsunterschiede schwächen sich ab — bis ein verheerender Krieg oder eine sonstige Katastrophe die Gegensätze wieder verschärft, die Macht in wenigen Händen konzentriert, die Lage der untern Klassen drückt, die Menge dem Aufruhr — und die Regierer der Reaktion in die Arme treibt!

Eng damit hängt es zusammen, dass Demokratie und politische Freiheit gewöhnlich einen hohen Grad physischer und geistiger Gesundheit und innerpolitischen Friedens zur Voraussetzung haben. Nur sie ermöglichen den untern

*) Vergl. Goldscheid: „Staatssozialismus oder Staatskapitalismus“.

**) Vergl. m. Aufsatz „Die wirtschaftl. Voraussetzungen der Demokratie“ in „Internat. Rundschau“, Oktober 1917.

***) Vergl. „Die Bank“, September und Oktober 1917.

Klassen jene zielbewusst-massvolle Mitwirkung an den Staatsgeschäften, die wir in den letzten 20 Jahren mit ihrer gesitteten Politik beobachteten, und die von den Aposteln der «Demokratisierung» mit Unrecht als bleibende Erscheinungen vorausgesetzt werden. Wie es in dieser Beziehung nach grösseren Katastrophen und allgemeiner gesundheitlicher Schwächung aussieht, zeigt uns die Zeit nach dem dreissigjährigen Krieg, nach 1815 und in bescheidenerem Masse nach 1873. Die Partei- und Klassenkämpfe nehmen allgemein fanatischen Charakter an, die zielbewusste Opposition weicht blinden Verzweiflungstaten (der «Propaganda der Tat!»), die Menge wird unregierbar, die Regierungen werden brutal. Politische Verbrechen und Putschversuche rufen der Reaktion — oder umgekehrt. Die Zartgesaiteten ziehen sich vom Regierungsgeschäft zurück und räumen das Feld dem rücksichtslosen Draufgänger. Es ist die Zeit eines Bonaparte, eines Thiers, Bismarcks, über deren Lehren ich mich an anderer Stelle ausgesprochen habe.*)

Kaum zu übertreiben sind die Gefahren, die der wirtschaftlichen und politischen Selbstbestimmung der Völker — und damit der Demokratie — durch die Konzentration des Bankwesens drohen. Zu den Bedenken, die die unbeschränkte Verfügungsgewalt weniger Personen über die Ersparnisse Aller schon vor dem Kriege erweckte, tritt infolge der wachsenden Einmischung des Staates und der Politik in das Erwerbsleben von nun an noch ein neues: Zwar hat die Diplomatie von jeher den Kapitalexport gern als Hilfsmittel für ihre politischen Zwecke benützt, aber zu einer wahren Bevormundung des Kapitalmarktes konnte sich diese Tendenz nicht auswachsen, solange nicht die Verfügungsgewalt über die Ersparnisse stark zentralisiert war — und solange die Militarisierung und Politisierung des Wirtschaftslebens, die Unterstellung jeder ökonomischen Manifestation unter militärische Gesichtspunkte nicht die heutige Stufe erreicht hatte.

«Auch die Kapitalausfuhr aus politischen Motiven» — schreibt L a n s b u r g h in «Die Kapitalwanderung und ihre Gesetze» — «setzt eine weitgehende Konzentration des Kapitals voraus; denn der Kapitalmarkt gehorcht einem Winke der Regierung nur dann mit der erforderlichen Promptheit und Diskretion, wenn er der Verfügungsgewalt weniger, leicht in einem Konferenzzimmer zu vereinigenden Männer untersteht.»

Es kann nicht genug wiederholt werden: Bedrohlich wird die wachsende Macht des Staates nicht bloss auf den ihr durch ausdrückliche Gesetzes- und Verfassungsbestimmungen reservierten Gebieten; fast ebenso wichtig ist der Machtzuwachs, der den führenden Staatsmännern aus der Zusammenballung privater Gewalt (in Handel, Industrie, Finanz und Presse) und aus ihrem persönlichen Verhältnis zu deren Fürsten entsteht. Eine kurze Unterredung mit drei oder vier dieser privaten Machthaber (die man durch Gegendienste fast unbeschränkt verpflichten kann) gibt dem gewandten Minister oder Parteiführer ebenso wichtige Machtmittel in die Hand als mancher mühsam erkämpfte

*) W. Eggenschwyler, „Europa nach dem Kriege“. Zürich, Orell Füssli, 1917.

Parlamentsbeschluss. Fast wäre man versucht, zu sagen, die Zukunft gehöre nicht den verfassungsmässig konstituierten Gewalten, sondern einer geheimen Nebenregierung von staatlichen und privaten Gewalthabern, die neben Bank, Industrie und Presse mehr und mehr auch alle politischen und moralischen Einflüsse monopolisieren.

Nicht die geringste Schwäche der traditionellen Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie ist es, dass sie «de parti pris» nur die im Gesetze niedergelegten Kompetenzen und Funktionen der Staatsorgane sehen will, nicht aber ihre extralegalen Nebengeschäfte — und Nebengewinne! So wird das Bild, das sie von den Kämpfen zwischen Individuum und Staat, zwischen Staatssozialismus und Privatinitiative entwirft, notgedrungen ein ganz schiefes. Der Staat erscheint als mit einer Selbstherrlichkeit und Entscheidungsfreiheit ausgerüstet, die ihm in den meisten Fällen abgeht, und dafür weist man der freien Betätigung der Bürger Arbeitsgebiete zu, die in Wirklichkeit längst durch einflussreiche Politiker und ihre Schützlinge in Beschlag genommen sind.

Ich wiederhole: Das wichtige ist nicht, ob die unsere Erwerbs- und Betätigungsgelegenheiten mehr und mehr einengenden Monopolgebilde staatliche oder private Form besitzen, sondern welchen Spielraum, welche Bewegungsfreiheit sie uns lassen! Von den Gefahren der staatlichen Machthäufung sieht die rein juristische oder politische Betrachtungsweise nur die Hälfte. Indem die staatlichen Machthaber mehr und mehr auch die leitenden Kreise der Finanz, des Handels, der Industrie und Presse zum Zusammenschluss, zum Trust und Monopol treiben und sich hernach mit ihnen ins Einvernehmen setzen, richten sie mindestens ebensoviel Schäden an, als durch die direkte Einengung der privaten Machtsphäre.



EDUARD BERNSTEIN, MITGLIED DES DEUTSCHEN REICHSTAGS*): HANDELSPOLITIK UND FRIEDE.



WENN Kinder im Streit auseinandergehen, so wird man regelmässig das eine dem andern zurufen hören: «Ich spiele nie wieder mit dir.» Kein Erwachsener nimmt die Ankündigung ernst, jeder weiss, dass die Kleinen schon den nächsten Tag wieder vergnügt miteinander spielen werden. Drohungen ähnlicher Art werden heute zwischen den grossen

*) Herr Ed. Bernstein fordert uns auf, diese Studie, die auch in seinem gehaltvollen Buche „Socialdemokratische Völkerpolitik“ (Verlag Naturwissenschaften, Leipzig) enthalten ist, zu veröffentlichen, weil sie seine Gedanken über die Zusammenhänge der Wirtschaftspolitik und der Friedensbewahrung vollständig zusammenfasse.

Nationen ausgetauscht, die den mörderischsten Krieg miteinander führen, den die Weltgeschichte je zu verzeichnen gehabt hat. Nur dass es sich nicht um zukünftiges Spielen, sondern um zukünftiges Austauschen von Gütern handelt. Je mehr durch die zunehmend brutaler werdende Art der Kriegführung die Gemüter gegenseitig verbittert werden, um so lauter werden die Stimmen und um so stärker mehren sie sich, die in dem einen Land oder Bund den zukünftigen Ausschluss des andern von den eigenen Märkten predigen.

Wieviel Verwirklichung haben diese Ankündigungen zu erwarten? Selbstverständlich sind sie, wie der Krieg selbst wahrlich kein Kinderspiel ist, auch ganz anders zu bewerten, als die Drohungen der Kleinen, so sehr sie in ihrem Antrieb jenen seelisch verwandt sind. Zeigen doch auch sie, wie sehr der Krieg im Menschen primitive Instinkte die Oberhand gewinnen lässt, sind sie doch Zeugen dafür, dass der Krieg schon in sich Reaktion im schlimmen Sinne dieses Wortes ist: dass er Rückfall im Denken und Urteilen auf die roheren Methoden früherer Entwicklungszustände hervorruft. Aber in welchem Masse sind sie Vorboten einer kommenden Reaktion in den Dingen?

Es ist das eine sehr ernste Frage. Steht sie doch mit der Frage des ganzen künftigen Zusammenlebens der Völker Europas im engsten Zusammenhang, wenn nicht in ihrem Mittelpunkt. Denn der Umfang des Handels, den die Völker miteinander treiben, bestimmt in unserem Zeitalter im letzten Grunde auch die Stärke ihrer sonstigen gegenseitigen Beziehungen. Handelspolitische Konflikte haben wiederholt die ganzen politischen und damit auch die im höheren Sinne des Wortes kulturellen Beziehungen von Nationen auf das schädlichste beeinflusst. Es sei nur an die Rückwirkungen erinnert, die in dieser Hinsicht der franko-italienische Zollkrieg seinerzeit auf das Verhältnis der beiden lateinischen Nationen zueinander ausgeübt hat. Wieviel hat die Handelspolitik Oesterreich-Ungarns Serbien gegenüber dazu beigetragen, zwischen der Doppelmonarchie und ihrem kleinen Nachbar eine Stimmung heerbeizuführen, die, wenn nicht den letzten Grund, so doch den Anlass zur fürchterlichen Katastrophe geliefert hat, die im gegenwärtigen Moment über Europa wütet. Wenn es grundverfehlt ist, die nationalen Gegensätze ausschliesslich auf ökonomische Ursachen und Antriebe zurückzuführen, wenn Machtfragen, die mit den ökonomischen Gegensätzen einen nur sehr indirekten Zusammenhang haben, Herrschsucht, Streit von Kirchen, verletztes Rechtsempfinden Nation gegen Nation aufstacheln und in den Krieg treiben können, so bleibt es darum doch Tatsache, dass wirkliche oder in den Voraussetzungen der Völker für wirklich gehaltene Gegensätzlichkeit der Wirtschaftsinteressen sich fast regelmässig in politische Voreingenommenheit und je nach dem in Hass übersetzt.

Damit hängt es zusammen, dass in allen Ländern die Parteien des Schutzzolls das Gros der Betreiber der Kriegsrüstungen gestellt haben. In vielen Fällen bestand da eine Identität materieller Interessen: die schutzzöllnerischen Montanindustriellen waren zugleich geschäftlich am Fortgang der Rüstungen interessiert. Interessenten der Agrarzölle stellen in bestimmten Ländern die

Mehrzahl der an fortgesetzter Steigerung der Heeresmacht interessierten Militärs. Bedeutungsvoll und von grossem Einfluss auf das Urteil der an Krieg und Rüstungen materiell uninteressierten Kreise ist aber auch die nahe Verwandtschaft der Ideologien von Krieg und Schutzzoll. Wo er nicht mehr lediglich das Mittel ist, lokale Schranken des Verkehrs durch Festsetzung einzig an den Landesgrenzen zu erhebender Zollgebühren beseitigen zu können und nur für die Erziehung erst im Werden begriffener Industrien bestimmt ist, ist der Schutzzoll von dem Gedanken einer dauernden Gegensätzlichkeit der Wirtschaftsinteressen der Nationen eingegeben. Die schutzzöllnerische Literatur der Gegenwart ist überall nationalistische Kampfliteratur, sie übertreibt die Gegensätze der Interessen der Nationen und setzt die zwischen ihnen bestehende Interessengemeinschaft herab, wenn sie sie nicht kurzweg verschweigt. Sie behandelt die Länder wie private Konkurrenten, wo des einen Gewinn des andern Verlust, latente Feindschaft das naturgemässe Verhältnis ist. Die Schutzzollpolitik hat den Zollkrieg im Hintergrunde, und der Zollkrieg kann stets in den allgemeinen Krieg umschlagen. Der Hinweis der schutzzöllnerischen Presse auf die Konflikte, welche die bevorstehende Notwendigkeit der Erneuerung der Handelsverträge im Schosse trage, hat in Deutschland sehr viel geholfen, jene gespannte Stimmung zu erzeugen, wie die Kriegstreiber im Sommer 1914 sie brauchten. Bis in die sozialistische Bewegung hinein lässt sich diese Seelenverwandtschaft verfolgen. Um nur von Deutschland zu reden, so sehen wir dieselbe sozialistische Monatsschrift Deutschlands, in der Jahre vor dem Krieg systematisch für die Schutzzollpolitik Stimmung gemacht wurde, heute, nach Ausbruch des Weltkriegs, mit dessen geschworenen Anwälten wetteifern. Und wie die Schutzzöllnerie für den Krieg, arbeitet der Krieg für die Schutzzöllnerie. Politiker, die vor dem Krieg die letztere noch energisch bekämpften, fangen an, seit sie in bezug auf den Krieg umgelernt haben, auch handelspolitisch umzulernen und sich zum Einschwenken ins schutzzöllnerische Lager vorzubereiten.

Wenden wir uns nun der politischen Tendenz des Freihandels zu, so ist dessen enge Verbindung mit der Friedensbewegung zu bekannt, als dass man sich noch bei ihr sollte aufhalten müssen. Indes sind hierüber so viele schiefe Urteile im Umlauf, dass einige Feststellungen hinsichtlich des wirklichen Verhältnisses unumgänglich erscheinen.

Man weist nämlich gern auf die Tatsache hin, dass gerade das Freihandelsland England mehr Kriege geführt habe, als Länder, die den Freihandel nicht akzeptiert haben. Und wenn man selbst nicht so weit geht, hierfür einen ursächlichen Zusammenhang zu konstruieren und den Freihandel für jene Kriege verantwortlich zu machen, benutzt man den Umstand doch als Mittel, die Unfähigkeit des Freihandels hinsichtlich der Beseitigung der Kriege zu deduzieren. Indes ist diese Argumentierung nicht beweiskräftiger als die berühmte Widerlegung der Heilkraft einer Kurmethode gegen Brustleiden mit der Feststellung der Tatsache, dass ein Jüngling, der sie gebraucht habe, hinterher beim Examen durchgefallen sei.

Zunächst sind die Kriege, die England geführt hat, seit es in der Mitte des 19. Jahrhunderts zum Freihandel übergang, nicht Ausflüsse seiner Handelspolitik, sondern Ausflüsse einer Kolonial- und Weltpolitik gewesen, die von der Partei des Freihandels stets bekämpft wurde. Der einzige europäische Krieg, den England von jener Zeit ab bis zum Ausbruch des jetzigen Krieges geführt hat, der Krimkrieg gegen Russland, hatte die grossen Anwälte des Freihandels, die Bright, Cobden und deren Gesinnungsfreunde zu seinen entschiedensten Gegnern; diese Leute setzten lieber ihre ganze Popularität aufs Spiel und gaben ihre Parlamentsmandate preis, als dass sie auch nur einen Penny für jenen Krieg bewilligt hätten. Es ist natürlich zwischen Freihändlern aus Ueberzeugung und Freihändlern aus blosser zeitweiliger Zweckmässigkeit zu unterscheiden. Der Sieg des Freihandels in England war um die Mitte des 19. Jahrhunderts dadurch herbeigeführt worden, dass Robert Peel und sein Anhang, nachdem sie im Jahre 1846 zunächst aus Gründen der Zweckmässigkeit der Abschaffung der Kornzölle zugestimmt hatten, alsdann durch das Gesetz der Konsequenzen zu weiteren Zugeständnissen an die Freihandelsdoktrin genötigt wurden, ohne darum schon diese selbst in ihrer vollen Tragweite zu akzeptieren. Auch war das England, das damals in den Freihandel eintrat, behaftet mit dem Erbe einer Epoche merkantilistischer Handels- und Kolonialpolitik, und die Liquidation dieses Erbes war keine sehr einfache und in einem Tage zu erledigende Sache. So ist es denn kein Wunder, dass die Praxis des Freihandels auf ökonomischem Gebiet nicht sofort eine in jeder Hinsicht konsequente politische Ergänzung nach sich zog. Sie konnte das umso weniger, als der einzelne Staat den neben ihm bestehenden Staaten nicht freier gegenübersteht, als wie der einzelne Mensch den Menschen seiner Umwelt: beide können sich in ihrem Verhalten immer nur in bestimmten Beziehungen über die andern erheben. Bei alledem bleibt der Krimkrieg, der doch alles mögliche, nur nicht ein von handelspolitischen Erwägungen diktiert war, bis 1914 der einzige Krieg Englands gegen ein europäisches Staatswesen. Höchstens dass man noch den Burenkrieg heranziehen könnte, der, wenn er auch gegen kein europäisches Staatswesen ging, doch ein Volk europäischer Abstammung betraf. Aber für diesen Krieg war auf englischer Seite ein Politiker verantwortlich. Joseph Chamberlain, der schon die Abkehr vom Freihandel repräsentierte, wie jener Krieg denn überhaupt in eine Periode erstarkter Schutzzöllnerei entfällt. Als in England im Jahre 1906 die Partei des schutzzöllnerischen Imperialismus geschlagen wurde, machte die an die Herrschaft gelangte Freihandelspartei das den Buren zugefügte Unrecht wieder gut und gab ihnen die vollen Rechte einer sich selbst regierenden Nation zurück. Mit welcher Wirkung für Englands Stellung in Südafrika, hat die neueste Zeit gezeigt.

Der Freihandel als Träger einer politischen Tendenz darf sich getrost der Prüfung des «An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen» unterwerfen, sobald diese Prüfung nur mit Vernunft vorgenommen wird. Das heisst, man muss bei ihr zwischen der Betätigung der Tendenz und deren praktischen Erfolgen unter-

scheiden und bei Abschätzung der letzteren die Stärke der zu überwindenden Gegenkräfte gebührend in Berechnung stellen. Der Freihandel ist keine Zauberformel, die verrammelte Eisentüren mit einem Schlage aufspringen macht. Er ist eine soziale Kraft, die durch das Beispiel und die Beharrlichkeit wirkt, mit der sie in Anwendung gebracht wird.

Die grosse Politik eines Landes wird durch das Spiel einer ganzen Reihe von Kräften bestimmt, deren gegenseitiges Stärkeverhältnis mit der Macht verschiedener Gesellschaftsklassen und unter dem Einfluss äusserer Umstände wechselt. Man kann also nicht eine einzelne Kraft für ihre Wandlungen verantwortlich machen. Was man aber in Bezug auf jede einzelne Kraft tun kann und als Politiker auch soll, ist, ihr besonderes Walten und Wirken in diesem Spiel der Kräfte zu verfolgen. Das ist in Bezug auf den Freihandel als politische Kraft nur möglich durch ein Studium der Geschichte der Parteien des Freihandels. Sie aber zeigt uns diese Parteien überall als die Parteien des Friedens, und zwar als um so energischere und konsequentere Verfechter der Friedenspolitik, mit je grösserer Festigkeit und folgerichtiger Anwendung sie die Politik des Freihandels hochhielten. Eine Parallelität, die nur die natürliche Folge des Umstandes ist, dass dem Freihandel die Friedenspolitik als notwendige Tendenz innewohnt. Wer die Zollschränken zwischen den Nationen niederreissen will, muss auch Ungleichheiten im Recht der Staaten und Völker bekämpfen, die zu Kriegen Anlass geben und sie für den Sieger vorteilhaft gestalten. Wo keine Zollschränken sind, verliert das Streben nach Angliederung fremder Landesteile seine Zugkraft im Volke, es sei denn, dass es sich dabei um die Befreiung unterdrückter Volksgenossen handelt.

In seiner berühmten Rede über den Freihandel, gehalten am 9. Januar 1849 in Brüssel, zitiert Karl Marx spöttisch den Ausruf eines englischen Freihändlers: «Der Freihandel ist Jesus Christus — Jesus Christus ist der Freihandel.» Das Uebertriebene dieses Ausrufes liegt auf der Hand, aber ein Stück Wahrheit steckte doch in ihm. Den Leuten, denen der Freihandel mehr war, als ein zeitweiliges Interesse englischer Fabrikanten, denen er ein dauerndes Prinzip der Völkerpolitik war, schwebte als durch ihn zu verwirklichendes Ideal ein Zustand harmonischer Beziehungen zwischen den Nationen vor, und dieses Ideal entsprach der Religion des «Gehet hin in alle Länder und prediget das Evangelium». Nur reichte der Freihandel, da er den grossen Klassengegensatz zwischen den besitzenden Klassen und dem modernen Proletariat unberührt liess, allein nicht aus, die Völkerharmonie herzustellen, und das zeigt Marx in jener Rede auf das schlagendste. Sonst aber beurteilt diese Rede die Freihandelsbewegung zu stark im Lichte des Tages als Interessenbewegung von Fabrikanten und deren Anhang, um in allen ihren Feststellungen auch heute noch massgebend sein zu können. Als Friedrich Engels sie im Jahre 1884 von neuem auf den Markt brachte, bemerkte er denn auch wohlüberlegt im Vorwort von ihr, sie gehöre «derselben Entwicklungsstufe des Verfassers an, wie dessen

Misère de la Philosophie». Eine deutliche Anzeige, dass sie nicht als dessen letztes Wort über den Gegenstand zu betrachten sei.

Wenn die Freihandelsbewegung im England der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorwiegend von Fabrikanten und Grosshändlern geleitet wurde und die meisten ihrer tonangebenden Vertreter zugleich Anwälte der Lehre vom sozialpolitischen Gegenlassen waren, so konnte dieses zeitweilige Zusammentreffen sie damals als eine Angelegenheit erscheinen lassen, die im wesentlichen bloss die Bourgeoisie angehe. Daran ist aber nur soviel richtig, dass der Freihandel kein spezielles Interesse der Arbeiterklasse ist. Er ist überhaupt nicht das Interesse einer einzelnen Gesellschaftsklasse, er kann nur zeitweilig als wirtschaftspolitische Massnahme mehr im Interesse einzelner Klassen liegen als in dem anderer, das Sonderinteresse bestimmter Klassen verletzen und für bestimmte Klassen gleichgültig sein. Aber er ist eben nicht lediglich wirtschaftspolitische Massregel. Er ist eine Richtschnur der Völkerpolitik und greift als solche weit über das Interesse einzelner Klassen hinaus. Er zielt darauf ab, die Handelsbeziehungen zwischen den Nationen beständig zu mehren, immer engere Verbindungen zwischen Volk und Volk sich entwickeln zu lassen, die internationale Arbeitsteilung immer organischer zu gestalten, und durch alles das ist er mit Notwendigkeit Friedenspolitik. Diesem inneren Zusammenhang ist es auch zuzuschreiben, dass die Friedensbewegung inbezug auf die Zahl ihrer Anhänger und die Kraft in der Geltendmachung ihrer Ideen bürgerlicherseits in keinem Lande so starke Vertretung gefunden hat wie in England, das zuerst den Freihandel bei sich durchgeführt hat. Diejenigen Parlamentarier des heutigen England, die noch im gegenwärtigen Krieg mit einer auf dem Festland unbekannten Unerschrockenheit die Sprache des Friedens sprechen, die W. P. Byles, Leonard Courtney (jetzt Lord Courtney), Robert Reid (jetzt Lord Loreburn) usw. sind hervorragende Wortführer der englischen Freihandelspartei.

Es möchte als ein innerer Widerspruch erscheinen, dass es in England, das doch seit sechs Jahrzehnten den Freihandel hat, in neuerer Zeit überhaupt noch einer Freihandelspartei bedurft haben soll. Indes hat dort zu verschiedenen Zeiten eine Gegenbewegung unter den verschiedensten Formen ihr Haupt erhoben, gegen die der Freihandel verteidigt werden musste. So machte sich in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als Rückwirkung der Erhöhung der Schutzzölle der Vereinigten Staaten und verschiedener Festlandsstaaten Europas, sowie des grossen Geschäftsdrucks, der damals auf England lastete, in der Form der Bewegung für «Fair Trade» (wörtlich: gerechter Handel) eine verschämte Schutzzollbewegung ziemlich stark bemerkbar. In jener Zeit — 1887 — soll, wie selbst als ernsthaft gelten wollende deutsche Schriftsteller einer dem anderen, als den englischen Geist kennzeichnend nachschreiben, in der konservativen «Saturday Review» der Satz gestanden haben, es sei «eine unbestrittene Wahrheit, dass, wenn Deutschland nicht existierte, jeder Engländer um soundsoviel reicher wäre». Die «Saturday Review», die zu Zeiten

Disraeli-Beaconfields einmal politische Bedeutung hatte, hat diese längst eingebüsst. Sie war aber immerhin 1887 noch ein Blatt, das nicht von Idioten redigiert wurde, und es ist daher mehr als zweifelhaft, ob der Satz wirklich dort als redaktionelle Aeusserung gestanden hat oder nicht bloss einer Einsendung entnommen ist, denen die englischen politischen Wochenschriften ziemlich weitherzig ihre Spalten öffnen. Er konnte jedenfalls nur dem Hirn eines Menschen entstammen, dem die recht wilden Arbeitslosendemonstrationen von 1887 auf Trafalgar Square, bei denen wiederholt Läden demoliert wurden und schliesslich es auch zu Plünderungen kam, den Verstand geraubt hatten. Jedenfalls fiel die Fair-Trade-Bewegung ins Wasser, und es trat nach einer mehrjährigen Pause die Bewegung für einen britischen Reichszollverband an ihre erste Stelle, auch wieder eine verschämte Schutzzollbewegung, denn zu einem Zollverband mit seinen autonomen Kolonien konnte England nur kommen, wenn es sich entschloss, selbst bei sich Schutzzölle einzuführen. Die Agitation ward aber diesmal mit einem Aufwand von so grossen Mitteln geführt, mit Flugschriften von so packender Dialektik, dass der Sieg der politischen Koalition, welche für sie eintrat, nicht ausser dem Bereich der Möglichkeit lag. Indes erlitt diese Koalition bei den Wahlen des Jahres 1906 dadurch eine vernichtende Niederlage, dass die organisierte Arbeiterschaft Englands einmütig gegen sie Stellung nahm. Die liberale Partei, die das Festhalten am Freihandel auf ihre Fahne geschrieben hatte, kam mit erdrückender Mehrheit aufs neue zur Herrschaft, und eine der ersten Massnahmen des neuen Kabinetts Campbell-Bannermann war bekanntlich die Ermässigung des Flottenbudgets um gegen zwei Millionen Pfund Sterling, womit man hoffte, eine Aera der Einschränkung des Weltrüstens einleiten zu können. Obwohl diese Wirkung nicht erzielt wurde, führte die liberale Regierung einige Jahre später unter grossen Kämpfen mit dem Widerstand des Hauses der Lords die Steuerreform Lloyd Georges durch, die u. a. den Zweck verfolgte, dem Schutzzoll ein für allemal die Tür zu verschliessen. Eine tragische Ironie des Schicksals hat es aber gewollt, dass unter eben dieser Regierung England im August 1914 in den vom schutzzöllnerischen Festland entfesselten Weltkrieg eintrat, der in seinem Verlauf zu einer so hochgradigen Verbitterung der beiden Lager geführt hat, dass er sich jetzt wirklich als Nährvater des Schutzzolls zu bekräftigen droht.

In beiden Lagern trifft man ernsthaft Vorbereitungen, dem Krieg mit den Waffen, der ja in Jahr und Tag sein Ende nehmen muss, den ins Unbestimmte auszudehnenden Zollkrieg folgen zu lassen. Während in Deutschland und Oesterreich Konferenzen über Konferenzen stattfinden, um eine mitteleuropäische Zollunion zustande zu bringen, der sich Bulgarien und die Türkei anzuschliessen hätten, denkt man im Kreise der Mächte des sogenannten Vierverbandes daran, eine Abmachung zu treffen, wodurch jede einzelne von ihnen sich verpflichtet, nicht ohne vorherige Zustimmung der anderen einen Handelsvertrag mit den Zentralmächten abzuschliessen. Da zwei Mächte der ersteren Gruppe entschieden schutzzöllnerisch sind, würde dies schon

England auf die Bahn des Schutzzolls drängen. Aber in England selbst ist die Bewegung für den Schutzzoll ungemein erstarkt. Nicht ökonomischer Erwägungen halber, sondern, muss man in diesem Fall sagen, im Widerspruch mit aller vernünftigen ökonomischen Erwägung. Nicht die Konkurrenznot ist diesmal die treibende Kraft, denn Englands Ausfuhr hatte in dem letzten Jahrzehnt vor Ausbruch des Krieges einen glänzenden Aufschwung genommen, sondern die Leidenschaft, der in den Gemütern Ueberzeugung gewordene Gedanke, dass selbst nach Beendigung des Krieges auf Jahre hinaus ein freundschaftlicher Warenaustausch namentlich mit Deutschland unmöglich sein werde. Daher steht im Vordergrund der Bewegung das Bestreben, inbezug auf gewisse Artikel, für die bisher Deutschland dank dem hohen Entwicklungsstande der betreffenden Industrie eine Art Monopol hatte, sich von ihm um jeden Preis unabhängig zu machen. Daher auch die ernsthafte Erwägung des Planes, über bestimmte Waren deutschen Ursprungs auch nach dem Kriege ein direktes Einfuhrverbot zu verhängen.

Es überschreitet den Rahmen dieses Artikels, die ökonomischen Rückwirkungen zu erörtern, welche die Verwirklichung dieser und ähnlicher Pläne zur Folge haben würden. Wir haben es hier nur mit ihren Rückwirkungen auf die politischen und allgemein kulturellen Beziehungen der Völker zu tun. Dass sie in dieser Hinsicht nur ausserordentlich verderblich sein können, steht ausser Zweifel. Sie würden den moralischen Heilungsprozess, der nach Beendigung des Krieges einzusetzen hätte, unendlich erschweren und verzögern. Sie würden die Verlängerung des Krieges in latenter Form bedeuten, in weiten Kreisen als das Uebergangsstadium zu irgendeinem neuen Krieg aufgefasst werden und in jeder Gruppe das Werk der Vergiftung der Seelen inbezug auf die Völker der anderen Koalition fortsetzen. Sie würden selbst der Wiederaufnahme des internationalen Verkehrs der Vertreter der Wissenschaften, Künste und Literatur, der bis zum Ausbruch des Krieges eine so hohe Blüte erreicht hatte, Hemmungen aller Art in den Weg legen. Sie würden Gegensätzen neues Leben einhauchen, die vor dem Krieg teils aus der Welt verschwunden, teils zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken waren.

Alle diejenigen, die in der Intimität des Völkerverkehrs einen der wichtigsten Hebel des Kulturfortschritts erblicken, müssen daher gegen die vorbezeichneten Pläne ihre warnende Stimme erheben. Sie dürfen sich nicht durch gleissnerische Schilderungen der Vorteile täuschen lassen, welche jene Pläne angeblich im Gefolge haben sollen, und müssen die ihnen zugängigen Kreise darüber belehren, dass solche Vorteile bestenfalls einer kleinen Minderheit günstig situierter Klassen erwachsen könnten, während dagegen die Volksmehrheit hüben und drüben von ihnen nur materielle und kulturelle Schädigungen zu gewärtigen hätte.

Es darf keine Zeit verloren werden, eine Gegenbewegung gegen jene Pläne ins Leben zu rufen, es ist aber auch noch nicht zu spät dazu. Denn alle die Be-

schlüsse, die jetzt zu ihren Gunsten gefasst werden, haben schliesslich nur provisorische Bedeutung. Das entscheidende letzte Wort wird erst bei den Friedensverhandlungen gesprochen werden. So bedauerlich es unter allen anderen Gesichtspunkten ist, dass diese noch auf sich warten lassen werden, so ist es für die vorliegende Frage von Vorteil, wenn noch Zeit zur Aufklärung der Geister über ihre Tragweite verbleibt.

Möge diese Zeit gut ausgenutzt werden, und möge namentlich auf jeder Seite dem eigenen Volk eingeprägt werden, dass ein Abweichen der einen Gruppe vom Prinzip des gleichen Austausches unter den Nationen stets unvermeidlich ein entsprechendes Abweichen der anderen Gruppe nach sich zieht, dass die Handelspolitik auf eine lange Zeit hinaus von fundamentaler Bedeutung ist für die ganzen Beziehungen der Völker zu einander.



E. D. MOREL, LONDON*): UNSER HANDELSKRIEG GEGEN DEUTSCHLAND.

„Den deutschen Handel könnten wir nur durch Erdrosselung Deutschlands mittels unserer Flotte „erobern“, und nach Wiederkehr normaler Zeiten könnten wir ihn nicht lange behalten. Da Deutschland seinen Welthandel in loyaler Weise durch Wissenschaftlichkeit, Intelligenz, harte Arbeit und Anpassungsfähigkeit errungen hat, so könnten wir unser Verlorenes nur durch Aneignung dieser Vorzüge wiedererlangen und behalten.“

„The Times“.

I.



ACH meiner Ueberzeugung werden die wesentlichsten der Probleme, die in den kriegführenden Staaten vor dem Kriege auf der Tagesordnung waren und deren gegenseitige Beziehungen berührten, den Weltkrieg überleben, wenigstens in ihren Grundzügen. Alles in allem genommen, ist das jetzige Massenschlachten ein Versuch, diese Fragen durch die blödesten und unentscheidendsten Mittel zu lösen — Mittel, welche unmöglich zu einer Lösung führen können, weil sie das Wachstum der Dinge ausser acht lassen, Wachstum aber unzerstörbar ist. Jene früheren wesentlichen internationalen Probleme werden den Staaten auch beim Friedensschluss

*) Gründer und Leiter der „Union of democratic control“, wurde dieser hochverdiente, weil chauvinistenfeindliche britische Patriot wegen seiner unparteiischen Gerechtigkeitsliebe gegenüber den Zentralmächten auf sechs Monate in den Kerker geworfen.

und nach diesem zu schaffen geben, weil weder der Krieg noch das vorherige veraltete System sie zu erledigen vermag. Vielmehr muss zu ihrer Lösung ein neues System geschaffen werden, und zwar durch die Völker selbst. Seine Grundlage aber heisst: gegenseitiges Verständnis.

Man wird nicht darum herumkommen können: jede einzelne der heute kriegführenden Nationen wird gewissenhaft und anhaltend bemüht sein müssen, das Wesen der vorhandenen Probleme nach zwei Richtungen verstehen zu lernen: einmal, wie sie sie selbst berühren und dann, welche Wirkungen sie auf die Nachbarländer ausüben. Und der Ausgangspunkt dieses geistigen Vorganges muss ein kraftvolles Erfassen des obersten Grundsatzes im Leben des modernen Staates sein, nämlich der Blick für die gemeinsamen Interessen, die jeden kriegführenden Staat mit seinen Nachbarn verknüpfen. Wird jener Grundsatz klar begriffen, so erkennt man den Krieg in seiner wahren Perspektive, d. h. als eine dem Gemeinwesen durch einen kleinen Teil desselben angetane Schmach, welche eben nur dadurch möglich wird, dass die Gesamtheit die Wahrheit jenes Leitsatzes noch nicht begreift.

Wenden wir das in Rede stehende Prinzip auf die englisch-deutschen Beziehungen an, von deren künftiger Regelung auf Grund gegenseitigen Verständnisses die Verwirklichung des «neuen Europas» abhängt, für das die Völker, wie ihnen ihre Regierungen sagen, jetzt Krieg führen. Und zwar wollen wir es zunächst auf die Handelsbeziehungen anwenden, denn diese sind der sichtbarste Prüfstein der erwähnten gemeinsamen Interessen und zugleich das wertvollste Mittel zur Heilung der durch den Krieg geschlagenen Wunden und erzeugten Verbitterung.

Gewisse bei uns entstandene Vereine für die Festlegung des britischen Hasses gegen die Deutschen, sowie die diese Vereine moralisch unterstützende Presse, verfolgen ausgesprochenermassen den Zweck, den deutschen Welthandel zu vernichten, «weil ein Volk vom Handel lebt». Und man möchte den Zerstörungsplan möglichst allumfassend gestalten. Einer Bevölkerung von 70 Millionen soll es künftig untersagt sein, an uns, unsere Kolonien und unsere Kriegsverbündeten Waren zu verkaufen. Viele grosse Zeitungen und einflussreiche Körperschaften unseres Landes treten allen Ernstes eifrig dafür ein, dass auf den Militärkrieg ein solcher Handelskrieg folge. Der Schlachtenhass soll einem Geschäftshass weichen! Welche Kurzsichtigkeit!

Seinem innersten Wesen nach ist ein Handelskrieg eine ebenso grosse Gewalttätigkeit wie ein Rüstungs- und Militärkrieg, denn erstens führt er oft zu letzterem, zweitens kehrt er sich heftig gegen den Hauptgrundzug der zwischenstaatlichen Beziehungen — die gemeinsamen Interessen der Völker. Unsere Verfechter dieses wirtschaftlichen Feldzuges nach Ueberwindung eines verheerenden politischen Krieges sind geradezu die gefährlichsten Feinde ihres eigenen Landes. Indem sie die Deutschen verhindern

wollen, an uns zu verkaufen, tragen sie unbewusst zur Verarmung des britischen Volkes bei — zu einer Zeit (nach dem Kriege), da dieses ohnehin reichlich mit den schlimmsten Kriegsfolgen zu kämpfen haben wird: Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, grosse Teuerung, Geldentwertung usw. Wenn die Deutschen uns nichts verkaufen können, müssen sie ausserstande sein, von uns zu kaufen; das bedeutet also eine Strafe nicht nur für sie, sondern auch für uns. Der angekündigte Bann gegen die deutschen Erzeuger und Verbraucher wäre somit nichts anderes als ein Krieg gegen sehr zahlreiche britische Erzeuger und Verbraucher, vor allem natürlich gegen unsere Arbeiterklasse. Die Beschäftigung all jener britischen Arbeiter, die mittelbar von der Tätigkeit deutscher Arbeiter lebten, würde aufhören. Ueberdies aber müssten unsere Arbeiter infolge Einschränkung des industriellen Wettbewerbs und der Märkte höhere Preise für ihre Bedürfnisse zahlen.

In Wahrheit bildet schon in normalen Zeiten jede Einschränkung des freien Güterverkehrs eine Beeinträchtigung der Rechte der Gesamtheit zugunsten rein privater Interessen. Nun besitzt aber die überwiegende Mehrheit aller Bevölkerungen ein hohes Interesse an einer vollkommenen Freiheit des Handelsverkehrs. Unter dem Deckmantel der Kriegsleidenschaften eine Zukunft vorbereiten wollen, in der 70 Millionen Mitteleuropäer vom Handel mit ihren Nachbarn ausgeschlossen werden sollen, ist schon an sich ein Verbrechen; diese Absicht ist aber heutzutage ein doppeltes Verbrechen, denn ihre Verwirklichung müsste weitere grosse Kriege zeitigen. Man rufe sich doch ins Gedächtnis zurück, was Rolf Waldo Emerson vor etwa einem halben Jahrhundert bezüglich der Union schrieb:

«Wir haben es da mit einer gemeinen Volkswirtschaft zu tun, die den Plan fasst, durch Gewalt oder Kriegführung den ausländischen Handelswettbewerb auszuschliessen oder durch listige Zolltarife unseren schlechten Waren zum Vorzug zu verhelfen. Nur friedliche Mittel können dauernde Siege bringen. Die ausländische Industrie besiegt man nicht dadurch, dass man sie umbringt, sondern dadurch, dass man bessere Waren erzeugt.»

Die «Morning Post» (London) ruft hochmütig aus: «Das britische Reich kann ohne Deutschland bestehen, nicht aber Deutschland ohne uns!» Gemach! Die Handelsstatistik lehrt das Gegenteil: beide Länder sind aufeinander angewiesen.

In unserer ganzen Einfuhrliste nahm Deutschland 1912 den zweiten Rang ein — mit fast 66 Millionen Pfund Sterling, d. h. wir bezogen von Deutschland für um 25 bis 27 Millionen Pfund Sterling mehr als von Frankreich, Russland oder Indien. In demselben Jahre verkauften wir nach Deutschland für über 40 Millionen Pfund Sterling, was um 10 bis 27 Millionen mehr war als Frankreich, Russland oder die Vereinigten Staaten uns abnahmen. Deutschland

deckte 10,4 Prozent unserer gesamten Einfuhr und bezog mit 8,2 Prozent unserer Ausfuhr eine grössere Warenmenge von uns als irgendein anderes Land, Indien ausgenommen. Ist es denkbar, dass ein Versuch zur «Vernichtung» einer derartigen Handelsverbindung ohne sehr schwere Schädigung unserer heimischen Bevölkerung ablaufen könnte?

Von welchem Standpunkt immer man diesem Problem nähertritt, unter allen Umständen muss die deutschfeindliche Handelspolitik der Anti-German League und unserer gelben Presse nicht nur als an sich durchaus irrig, sondern auch als unseren eigenen Interessen zuwiderlaufend betrachtet werden. Diese oberflächlichen Scheinpatrioten, denen sich neuerdings sogar auch unser jetziger Premierminister Lloyd George angeschlossen zu haben scheint, tun so, als ob es nichts einfacheres gäbe, als die Ersetzung der vor dem Kriege aus Deutschland und Oesterreich bezogenen Güter im Betrage von 70 Millionen Pfund Sterling durch heimische Erzeugung, wobei wir «natürlich nur gewinnen könnten». Aber selbst wenn wir die ganz undenkbare Möglichkeit annehmen, dass wir imstande wären, dieses Wunder zu vollbringen, würden wir damit nichts gewinnen, denn dem Verschwinden der Einfuhr müsste das Aufhören der Ausfuhr folgen. Und da die Boykottierung der Deutschen auch seitens unserer Verbündeten erfolgen soll, würden wir überdies unter der sich hieraus ergebenden Schwächung der Kaufkraft unserer Verbündeten schwer zu leiden haben. Wie keine einzelne Firma einem grossen Teil ihrer Geschäftsfreunde ohne eigenen empfindlichen Schaden plötzlich die Verbindung aufsagen kann, so vermag auch kein ganzes Land dies ohne die gleichen Folgen zu tun. Man sollte meinen, dass all diese Wahrheiten eigentlich zu einleuchtend sind, um ausdrücklich betont zu werden brauchen; aber der durch die lange Dauer des Krieges bewirkte Rückgang in der Verbreitung vernünftigen Denkens verursacht leider, dass diese Selbstverständlichkeiten, wie so zahlreiche andere: von so Vielen übersehen werden.

Der dem deutschen Reiche zgedachte Handelsboykott soll fünf Sechstel von Europa (allerdings würde Russland nunmehr ausscheiden), ganz Afrika und mindestens die Hälfte von Asien umfassen. Und dabei fordern viele unserer «Strafbolde» auch noch, dass das handelsgelähmte Deutschland eine ungeheure Kriegsentschädigung bezahle! Wie sie sich eine solche Möglichkeit vorstellen, ist unerfindlich. Woher nehmen? Doch nur durch Erzeugung und Verkauf von Gütern. Diese einzige Quelle aber will man ja gerade durch Abschneidung des Rohstoffbezuges und des Warenabsatzes verstopfen. O Logik! Dazu kommt, dass man, indem man ein besiegttes Deutschland auch zur Abschaffung seines grossen Heeres zwingen möchte, eine Unmasse von «Händen» aus dem Militärdienst in den Dienst des Handels und der Industrie treiben würde; glaubt man wirklich, ihnen die Ausübung dieser Berufe durch einen Boykott unmöglich machen zu können? ! Welche Sackgasse, in die meine naiv rachsüchtigen Landsleute sich in ihrer Gedankenlosigkeit verrennen!

Nicht minder widersinnig ist ihr Wunsch, den deutschen Handelswettbewerb durch «Zerstückelung des deutschen Reiches» loszuwerden. Als ob die annektierten Deutschen aufhören würden und könnten, Handelsgüter hervorzu- bringen! Punkto «Konkurrenz» würde das keinerlei Unterschied machen; wohl aber würden die von ihrem Vaterlande Losgerissenen alle Anstrengungen machen, nun eine politische Wiedervereinigung herbeizuführen, und so müsste die britische Arbeiterwelt auf lange hinaus mit einem gewaltigen Friedens- Kriegsbudget belastet bleiben, dem sie sich nur durch Massenauswanderung oder Revolution entziehen könnte.

Noch einen anderen Punkt der Hasslitanei muss ich berühren: die Aechtung der deutschen Schifffahrt. Wir sollen deutschen Schiffen weder Güter noch Reisende anvertrauen; und zur sichereren Erdrosselung der deutschen Handelskonkurrenz soll kein deutsches Schiff einen britischen Hafen anlaufen dürfen. Das kann aber in Wirklichkeit sehr wenig helfen, denn die Vereinigten Staaten werden uns in dieser Richtung ganz gewiss nicht folgen, und bekanntlich bildet der nordatlantische Handel den Hauptrückhalt der reichsdeutschen Schifffahrt. Dieser einträglichste Zweig der Reederei hat denn auch nie einer staatlichen Unterstützung bedurft. Der Ausschluss der deutschen Schifffahrt durch uns würde nur eine starke Kräftigung ihrer Handelsverbindung mit Nordamerika zur Folge haben.

Nach allem, was ich vorgebracht habe, kann kein Zweifel daran herrschen, dass die britischen Boykottpläne, wenn sie — was nicht der Fall — durchführbar wären, sich vor allem gegen uns selbst richten würden, namentlich gegen unsere Arbeiterkreise. Dazu kommt, dass Handelsankäufe nicht aus Liebe, sondern aus Bedürfnis zu geschehen pflegen; schon dieser alte internationale Verkehrsgrundsatz allein — und er würde den jetzigen Krieg ebenso überleben, wie er frühere Kriege überlebt hat — müsste jedes künstliche Einschränkungsbestreben vergeblich erscheinen lassen. Den Krieg im Interesse der Beseitigung des deutschen Handelswettbewerbs fortsetzen zu wollen: wäre ein unehrlicher Irrwahn. Die Vernichtung des deutschen Welthandels ist eine Unmöglichkeit, es sei denn, man brächte das ganze deutsche Volk ums Leben! Die deutsche Konkurrenz ist jedoch weit entfernt, uns zu schaden. Je grösser die Kaufkraft der Deutschen, desto umfangreichere Geschäfte können wir mit ihnen machen. Die Volksmassen beider Länder sind gegenseitig am Wohl und Wehe des Nachbarn interessiert. Schädigt der deutsche Wettbewerb einzelne unserer Fabrikanten oder Industriezweige, so liegt das Heil nicht in der Beseitigung der Konkurrenz, sondern in einer Zunahme unserer Tüchtigkeit. Holen wir doch einfach nach, was wir im Gefühl unseres Vorsprunges und unserer lange unbestritten gebliebenen Ueberlegenheit, sowie der grossen merkantilen Unfähigkeit unseres «vornehmen» diplomatischen Dienstes versäumt haben: Einführung neuer Methoden in den technischen

Seiten der Erzeugung; bessere Ausbildung des Personals; gründlichere Bearbeitung der Absatzmärkte; entsprechende Umgestaltung unseres Konsulardienstes usw.



PROF. DR. R. BRODA, ZÜRICH: ZUR FRAGE DER BEVÖLKERUNGSDICHTE NACH DEM KRIEGE.

Im ganzen Verlauf der Weltgeschichte ist zu beobachten, dass sich im grossen und ganzen auf jedem Teil der Erde so viele Menschen ansiedeln, als derselbe ernähren kann. Freilich hat es wiederholt auch Uebervölkerung gegeben, wenn lange Friedensperioden, Beschränkung der Auswanderungsmöglichkeit und grosse Genügsamkeit einer — zu weitgehenden Einschränkungen bereiten — Bevölkerung in dieser Richtung führten: So in Indien und in gewissem Grade auch in China. In anderen Fällen, so im Japan der Gegenwart und im Deutschen Reich der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts hat Uebervölkerung zu starker Auswanderung geführt. In wieder anderen Fällen wie in Kanada hat die erst allmähliche Erschliessung des Landes oder aber in Australien die künstliche Beschränkung der Einwanderung die Erreichung des normalen Grades der Bevölkerungsdichtigkeit verzögert.

Aber die Bevölkerungsdichte in den europäischen Ländern vor dem Kriege entsprach doch im Wesentlichen den ökonomischen Tatsachen. Unter den gegebenen Verhältnissen des Weltverkehrs und der wirtschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den Ländern des Industrieexports in Europa und denen der Nahrungsmittel- und Rohstoffherzeugung in Uebersee war das Anwachsen der Bevölkerungszahl in Europa eine durchaus gesunde Erscheinung.

Es fragt sich nun, ob das so bleiben kann. Freilich sind mehrere Millionen Menschen im Kriege gefallen und auch die Zahl der Geburten ist infolge des Fernseins so vieler Krieger vom ehelichen Heim gesunken. Auch die Zahl der Eheschliessungsmöglichkeiten nach dem Kriege wird naturgemäss viel kleiner sein als früher. Aber alle diese Momente drücken infolge des Wegfalls gerade der arbeitskräftigsten Menschen viel stärker auf die wirtschaftliche Lage als auf die Bevölkerungszahl. In den neutralen Ländern, wie in der Schweiz,

fehlen die der Bevölkerungsvermehrung entgegenwirkenden Momente vollends. Das Anwachsen der Bewohnerzahl dürfte also in den kriegführenden Ländern langsamer wie früher, in den neutralen dagegen genau so vor sich gehen wie ehemals.

Sind jedoch die wirtschaftlichen Tatsachen, welche diese hohe Bevölkerungsdichte in Mittel- und Westeuropa gestatteten, noch vorhanden? Während des Krieges hat ja die ungenügende Bebauung der Felder infolge Mangels an Düngemitteln und Arbeitskräften bekanntlich auch in Ländern, die vorher ihre Nahrungsmittel selbst erzeugten, zu schwerem Mangel geführt. In anderen, die auf Uebersee angewiesen waren — wie die Schweiz — hat das Stocken des Verkehrs infolge von Frachtraumnot und infolge des Mangels in den kriegführenden Ländern den ganzen Gleichgewichtsstand der Volkswirtschaft zerstört. Die grosse Bevölkerungsdichte der Schweiz z. B. wäre ja bei reiner Selbstversorgung des Landes nie möglich gewesen, weil der Boden nicht hinreichend fruchtbar ist, um vier Millionen Menschen zu ernähren. Sie wurde nur möglich infolge der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. Diese aber setzte leichten und billigen Frachtverkehr von Uebersee nach der Schweiz voraus. Allerdings versucht man nun, die Eigenproduktion zu heben, was ja in gewissen Grenzen durchführbar ist, aber doch nie die völlige Selbstversorgung des Landes gestatten kann.

Je mehr nun der Weltfrachtraum infolge Unterseebootkrieg und sonstigen Erscheinungen der Krise zurückgeht, umso schwieriger muss auch beim besten Willen von allen Seiten die Nahrungszufuhr von Uebersee her werden. Dauert der Krieg, wie wohl leider anzunehmen ist, noch lange Zeit, so wird sich darum das Missverhältnis von Nahrungsspielraum und Bevölkerungsdichtigkeit in den europäischen Ländern, und in ganz besonders hohem Grade in der Schweiz, weiter verschlimmern. Innerhalb einer solchen Zeitspanne würde jedoch durch den Unterseebootkrieg der verfügbare Weltfrachtraum noch weiter um so viel zurückgehen, dass es auch in einer Reihe von Friedensjahren nicht möglich sein wird, ihn wieder ganz zu ergänzen. Der Spannungszustand wird also mit Kriegsschluss nicht aufhören, ja in mancher Hinsicht vielleicht sogar sich verschärfen, weil der gute Wille zum Ertragen von Einschränkungen dann wohl kleiner werden dürfte. Vielleicht wird die Einfuhr von Lebensmitteln — zu erschwingbaren Preisen — von Russland her möglich sein, was aber wieder in gewissem Grade von der dortigen Entwicklung abhängt. Andernfalls könnte es zu Verhältnissen kommen, die einen dauernden Hochstand der Lebensmittelpreise, erschwerte Lebenshaltung der breiten Volksmassen und schliesslich — sofern nicht andere Momente entgegenwirken — eine wesentliche Auswanderung aus der Schweiz nach Uebersee herbeiführen.

Für Deutschland liegen wohl veränderte Faktoren vor, die jedoch zu ähnlichen Ergebnissen führen. Der deutsche Boden

ist fruchtbarer als der der Schweiz, kann also einen wesentlich grösseren Prozentsatz der Bevölkerung selbst ernähren. Andererseits hat auch in Deutschland ein grosser Teil des Volkes vor dem Krieg vom Industrieexport gelebt. Eben dies dürfte noch wesentlich schwerer werden als für die gleiche Bevölkerungsschicht der Schweiz, weil in einer grossen Reihe von deutschen Absatzländern — mag auch ein offizieller Boykott der deutschen Produkte durch den Friedensvertrag verboten werden — doch eine Minderung des Verkaufs deutscher Waren entstehen wird. Ausserdem haben naturgemäss viele Länder während des Krieges und der durch ihn bedingten Abschliessung sich zum Teil auf industrielle Eigenversorgung eingerichtet, zum Teil sich an jene Industrieländer gewandt, denen die freien Seewege zur Verfügung standen. Die Wiederaufhebung dieser inzwischen eingeleiteten Geschäftsbeziehungen wird naturgemäss in vielen Fällen schwierig sein.

Sofern nicht Deutschland durch entsprechend nahe Beziehungen zu Osteuropa ein grosses und gesichertes Absatzgebiet für seine Industrie gewinnt, dürfte sich also die Notwendigkeit zu einer Beschränkung des Prozentsatzes der von der Exportindustrie lebenden Bevölkerungsgruppen ergeben und somit der Bedarf nach Siedlungsland sich steigern. Unter diesem Gesichtspunkte wäre die Erwerbung von solchen Ueberseegebieten, die sich für Besiedlung durch Weisse eignen, für Deutschland ein wichtiger wirtschaftlicher Vorteil, während umgekehrt durch die Angliederung von Industriestaaten (wie etwa Belgien oder die westlichen Industriebezirke Polens) an das deutsche Wirtschaftsgebiet das erwähnte Missverhältnis der industriellen zur Landbau treibenden Bevölkerung nicht verbessert, sondern verschlechtert würde.

Sollten sich keine Möglichkeiten für eine prozentuelle Verstärkung der vom Landbau lebenden Schichten des deutschen Volkes ergeben, so ist vielleicht mit einem Wiedereinsetzen der starken deutschen Auswanderung wie in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zu rechnen.

PROF. DR. A. FOREL: INTERNATIONALES PERMANENTES PROTEKTORAT DER KOLONIEN UND ANDERER ERDGEBIETE MIT BESCHRÄNKTER FREIHEIT.*)



OWOHL für den Staat als auch für jedes Individuum ist eine Beschränkung der Freiheit die *conditio sine qua non* eines jeden sozialen Lebens; ohne sie kann die Menschheit niemals aus ihrer gegenwärtigen zwischenstaatlichen Anarchie heraustreten. Die Frage ist nun die, zu wissen, bei wem und in welchem Masse es nötig oder nützlich ist, im Interesse der ganzen Menschheit und nicht mehr in demjenigen der rohen Gewalt eines unterdrückenden Staates die Freiheit zu beschränken.

Ein internationaler Völkerbund kann erst dann bestehen, wenn er auf das Völkerrecht, das heisst auf das Recht der einzelnen Individuen — und ausserdem mit den nötigen Vollzugsmöglichkeiten versehen — gegründet wird. Dank der heutigen zwischenstaatlichen Anarchie kennt sonderbarerweise das bisherige Völkerrecht ein «Kriegsrecht». Die Staaten können dasselbe heute, in ihrem vermeintlichen Interesse, zur Ausbeutung der Ländereien und der Personen anderer Nationen missbrauchen, während ein supranationales Rüstungsdepartement durchaus kein Interesse mehr hätte, den Krieg zwischen einzelnen Staaten zu schüren oder zu fördern. Die Menschheit als Ganzes hat keinen Vorteil, sich selbst zu schädigen. Infolgedessen wird das supranationale Departement der Rüstungen *e o e p s o* ein Departement der progressiven Abrüstung werden. Dies wird die erste und schlagendste Wirkung eines zu bildenden internationalen ständigen Völkerbundes werden.

Will man jedoch in jenem Völkerbund für die Zukunft ein internationales Departement der Kolonien errichten, muss man den gegenwärtigen Stand der Verhältnisse in Betracht ziehen. Wie steht es denn mit der heutigen Wirklichkeit in den Kolonialländern? Wir müssen hier in den letztern, somit auch in ihren Bevölkerungen, sechs Arten der Freiheitsbeschränkung untersuchen: 1. Die Interessensphäre, 2. das Pachtgebiet, 3. das Protektorat, 4. die eigentliche Kolonie, 5. die Reservation, 6. die Dominion. Mit Ausnahme der Dominion glänzen alle durch ihre Heuchelei. Unter dem Vorwand von Interessen übt man Wucher; unter dem Vorwand des Schutzes unterdrückt man; unter dem Vorwand der Kultur beutet man aus; unter dem Vorwand zu reservieren beschleunigt man die Ausrottung einer Rasse — das alles natürlich in mehr oder weniger ausgesprochener Weise —, denn die sechs genannten Arten der Kolonialausbeutung bilden unter sich alle möglichen Uebergänge.

*) Diese Studie wurde auf Wunsch des «Schweiz. Komitees für Vorbereitung des Völkerbundes», das sich mit der Vorbahnung der verschiedenen Zweige der kommenden zwischenstaatlichen Rechtsorganisation befasst, ausgearbeitet.

Anm. d. Redaktion.

Nun wäre es möglich, diesen traurigen Stand der Dinge dadurch zu ändern, dass man ein w a h r e s internationales menschenwürdiges Protektorat der Kolonien und anderer ähnlicher Einrichtungen schüfe. Eine solche internationale wirkliche Schutzeinrichtung hätte kein Interesse mehr, zum Nachteil ihres Volkes und eines Teiles der andern Staaten eine Gegend auszubeuten. Mit Hülfe einer wohlgeordneten Kulturarbeit wäre es ihre Aufgabe, den Einwohnern nach und nach die höchstmögliche Freiheit und Kultur im Interesse der ganzen Menschheit zu verschaffen. Wie kann man dazu gelangen? Hier liegt der Zweck unserer Aufgabe; wir wollen darüber eine Skizze zu entwerfen versuchen.

Vor dem Weltkrieg zählte die Erde 54 souveräne Staaten: 1. Amerika (Vereinigte Staaten); 2. Argentinien; 3. Abessinien; 4. Afghanistan; 5. Albanien; 6. Belgien; 7. Bolivien; 8. Brasilien; 9. Bulgarien; 10. Chile; 11. China; 12. Dänemark; 13. Deutsches Reich; 14. Dominikan. Republik (Ost-Haïti); 15. Ecuador; 16. Frankreich; 17. Griechenland; 18. Grossbritannien; 19. Guatemala; 20. Haïti; 21. Honduras; 22. Italien; 23. Japan; 24. Kolumbien; 25. Kosta Rica; 26. Kuba; 27. Liberia; 28. Liechtenstein; 29. Luxemburg; 30. Mexico; 31. Monaco; 32. Montenegro; 33. Niederlande; 34. Nicaragua; 35. Norwegen; 36. Oesterreich-Ungarn; 37. Oman (unabhängiges Sultanat); 38. Panama; 39. Paraguay; 40. Persien; 41. Peru; 42. Portugal (Republik); 43. Rumänien; 44. Russisches Reich; 45. Salvador; 46. San Marino; 47. Schweden; 48. Schweiz; 49. Serbien; 50. Siam; 51. Spanien; 52. Türkisches Reich; 53. Uruguay; 54. Venezuela.

Dennoch bildeten Afghanistan, China, Persien und die Türkei mehr oder weniger Teile von Interessensphären. Unter den genannten 54 Staaten besaßen nur 12 Kolonien, Protektorate usw., nämlich: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Holland, Italien, Japan, Portugal, Russland, Spanien und die Vereinigten Staaten. Aber in erster Linie Grossbritannien und dann Frankreich besitzen fast alles, Dänemark und Spanien fast nichts. Nun müssen wir die sechs Arten Beschränkung der Freiheit näher erklären:

1. **Die Interessensphäre.** Mit einem oder einigen andern Staaten schliesst ein Staat Ausgleichungsverträge, infolge welcher dieses oder jenes Gebiet eines schwächern oder weniger zivilisierten Landes von dem oder den bezüglichen andern später weder erobert, noch gepachtet, noch gekauft, noch geschützt noch kolonisiert werden kann. Auf solche Weise teilen die mächtigen Staaten ihre Interessensphären unter sich.

2. **Pachtgebiet.** Dieses besteht aus einer Art Vermietung des Gebietes eines schwächern Landes. Wie die Interessensphäre, und zwar infolge der Verwaltungshoheit des vermietenden Staates über das betreffende Gebiet, wird das letztere nicht selten zum:

3. **Protektorat.** Hier erwirbt oder erobert der starke Staat definitiv, entweder mittelst der zwei ersten Systeme oder sofort die administrative Ober-

hoheit über das begehrte Gebiet. Den alten Beherrschern des Landes (Königen, Radjhas, Sultanen, Häuptlingen usw.) lässt er einen mehr oder weniger deutlichen Schein von Verwaltungsherrschaft, unter der Oberaufsicht des Residenten. Für sich selbst jedoch nimmt er alle bewaffneten Kräfte, die ganze äussere Politik und die gesamte Handelsausbeutung der innern Kräfte des Landes, sowie dessen Oberverwaltung in Anspruch. Uebrigens wechseln die Schattierungen des Protektorates unendlich unter sich. Oft, aber nicht immer, wird das Protektorat zur:

4. **Kolonie im engern Sinne.** Diese bildet sich auch häufig unmittelbar durch Tausch, Kauf oder Eroberung, besonders da, wo mehr oder weniger wilde oder barbarische Eingeborene die Zeremonien eines Protektorates nicht erfordern. Der kolonisierende Staat verwaltet hier mehr oder weniger direkt seine kolonialen Erwerbungen mit Hülfe eines Gouverneurs. Letzterer kann öfters in der Kolonie selbst seinen Wohnsitz nehmen.

5. **Reservationen.** Unter diesem Ausdruck versteht man Landgebiete, die ursprünglich in den Vereinigten Staaten und in Kanada für die Indianer reserviert wurden. Man pferchte sie meistens in den schlechtesten, unanbaubarsten Gegenden ein, die man ihnen reservierte. Agenten und Händler verfehlten nicht, sie dort auszubeuten. Oft brachen bei den Unglücklichen Hungersnot und Revolten aus. Je nach den Quellen, worin man schöpft, sind die Urteile über die Reservationen mehr oder weniger pessimistisch. Später wurden auch in Australien Reservationen für die Eingeborenen eingeführt.

6. **Dominions.** Im Gegensatz zu den vorhin erwähnten Arten von Freiheitsbeschränkung findet man hier eine fortschreitende Aufrichtung der Kolonie, die zu ihrer Gleichstellung mit dem Mutterlande hinzielt, sei es, dass es sich um eine ausgewanderte europäische Bevölkerung handle, wie in Kanada, Australien und in den Vereinigten Staaten Südafrikas, oder um bereits kulturfähige Eingeborene, wie meistens im Kaiserreich Indien. Die Dominion besitzt ihr eigenes Parlament und ihr eigenes Ministerium. Dem Mutterlande gegenüber erfreut sie sich einer wachsenden, mehr oder weniger grossen Unabhängigkeit, unter der Aufsicht eines Generalgouverneurs.

Welche Arten Kolonien und dergleichen besitzen nun die oben bezeichneten 12 Staaten?

I. Grossbritannien.

a) **Interessensphären.** In der Türkei (Mesopotamien), in Ost-Sahara, in Afghanistan, in Persien und in China (zusammen mit Russland und anderen Staaten).

b) **Protektorate.** Betchuana, Somalis, Nyassa, Ostafrika, Uganda, Zanzibar, Aegypten, die Maldiven, Malakka mit verschiedenen Sultanaten, Perak, Selangor, Pahang und Nigri Sembilan, Sarawak und Brunei in Borneo, die Inseln Bahrein im persischen Meerbusen.

c) Pachtgebiete. Kau-lung bei Hongkong und Wei-Hai-Wei in China.

d) Eigentliche Kolonien. In Amerika: die Bermudasinseln, die Bahamainseln, Jamaika, Trinidad und die englischen Antillen, Englisch Guyana, die Falklandinseln mit Dependenz; in Afrika: Gambia, Sierra Leone, Goldküste, Nigeria, Basutoland, Rhodesia, Swasiland, Mauritius mit Dependenz, die Seychellen mit Dependenz, St. Helena, Tristan da Cunha, Ascension; in Australien: die Fidjiinseln, die Tongainseln, die englischen Salomoninseln und die andern englischen oceanischen Inseln, die unter dem Fidjigouverneur stehen; in Asien: Ceylon, die Straits-Settlements, das Pachtgebiet von Nordborneo, Aden mit Dependenz, die Insel Sokotra, Hongkong; in Europa: Malta, Cypern und Gibraltar.

e) Reservationen. In Australien und Kanada für eingeborene Australier und Indianer.

f) Dominions. Kanada, Neufundland, Commonwealth of Australia (der ganze australische Kontinent), Neuseeland, die Vereinigten Staaten Südafrikas, das Kaiserreich Indien (letzteres mit verschiedenen von eingeborenen Fürsten mehr oder weniger in Protektoratsform regierten Enklaven), mit Birma, Pendsjab usw.

II. Frankreich.

a) Interessensphären. Bornu-Kanem, Bagirmi, Wadai, West-Sahara und die Türkei (letztere zusammen mit andern Staaten).

b) Protektorate. Tunis und Französisch-Marokko, die Inseln Wallis und Futuna.

c) Pachtgebiete. Kwang-Tschu in China.

d) Eigentliche Kolonien. In Amerika: Französisch Guyana, die Antillen Martinique und Guadelupe, St. Pierre und Miquelon; in Oceanien: Neukaledonien und benachbarte Inseln, französische Südseeinseln (Taiti, Clipperton usw.); in Asien: Indochina (Tonking, Annam, Cochinchina, Hambodja), Pondichéry, Mahé, Chandernagor usw.; in Afrika: Algerien, Mauritien, Senegal, Niger, Französisch Guinea, Dahomey, Elfenbeinküste, Gabun, Französisch Kongo, Ubangi-Chari, Tschadsee, Französisch Somalis, Madagaskar, Majotte, die Komoren, die Insel Réunion, Kerguelen, St. Paul usw.

III. Deutschland.

a) Interessensphären. Die Türkei (zusammen mit andern Staaten).

b) Pachtgebiete. Kiau-Tschau in China.

c) Eigentliche Kolonien (Schutzgebiete). In der Südsee (Oceanien): Deutsch-Neuguinea mit Bismarckarchipel, die Karolinen, die Marianen, den deutschen Teil der Samoa-, Marschall- und Salomo-Inseln; in Afrika: Togo, Kamerun, Deutsch Ost- und Südwest-Afrika.

IV. Niederlande.

a) **Eigentliche Kolonien.** In Asien: Java mit Madua, Sumatra, Celebes, Amboina, Ternate, Menado, Banka, Lombok mit Bali, Holländische Teile von Borneo, Timor und Neu-Guinea (Südsee), endlich verschiedene andere kleine Sundainseln; in Amerika: Surinam und Curacao mit den kleinen benachbarten Antillen.

V. Spanien.

a) **Protektorat.** Spanisch-Marokko.

b) **Eigentliche Kolonien.** Alle in Afrika: Ceuta, Melilla, Insel Chafarinas und Nachbarinseln, Ifui, das Gebiet (Küste) von Rio de Oro, die Inseln Fernando Poo und Annabom, Südguinea.

Die Kanarischen Inseln gehören zum eigentlichen Mutterland.

VI. Portugal.

a) **Eigentliche Kolonien.** In Asien: Goa an der Malabar-küste, Damao bei Bombay, die Insel Diu, die Insel Makao (China) und den portugiesischen Teil der Insel Timor; in Afrika: Mozambique, Angola, Portugiesisch Guinea, die Kap Verdischen Inseln und die Inseln Sao Thomé und Principe.

Die Azoren und die Insel Madeira werden direkt vom Mutterlande regiert und gehören dazu.

VII. Belgien.

a) **Eigentliche Kolonien.** In Afrika: der belgische Kongo.

VIII. Vereinigte Staaten von Nordamerika.

a) **Interessensphären.** Das ganze übrige lateinische Amerika, mit Ausnahme Kanadas und der andern europäischen Kolonien (Monroe Doktrin und Panamerikanismus).

b) **Eigentliche Kolonien.** In Amerika: Porto Rico und die Randzonen des Panamakanals; in Asien: die Philippinen, die Insel Guam, die amerikanischen Inseln Samoa, Tutuila und Manna.

c) **Reservationen.** Alle diejenigen der Indianer in den Vereinigten Staaten.

Die Sandwichinseln wurden zum Territorium des Mutterlandes (der eigentlichen Vereinigten Staaten) geschlagen.

IX. Russland.

a) **Interessensphären.** Nordpersien.

b) **Protektorate.** Kanat von Kiwa, Emirat von Buchara.

Sibirien, Sachalin, Zentralasien und Kaukasus gehören zum eigentlichen Russland.

X. Japan.

- a) Interessensphären. Mandschurei und China im allgemeinen.
- b) Eigentliche Kolonien. Korea mit der Insel Quelpart, Formosa, Kwantung, Südsachalin, die Inseln Bonin und die Vulkainseln.

XI. Italien.

- a) Pachtgebiete. Tientsin in China.
- b) Eigentliche Kolonien. Lybien (Tripolis), Erythrea, Italienischer Somalis, alle in Afrika.

XII. Dänemark.

- a) Eigentliche Kolonien. In Amerika: Grönland und die Antillen Ste-Croix, St. Thomas und St. John. Diese Antillen stehen im Begriff, den Vereinigten Staaten verkauft zu werden.

Island und die Faer-Oer-Inseln gehören zum eigentlichen Dänemark.

XIII. International.

- a) Internationale Interessensphäre. Tanger in Marokko und seine Umgebung bis zu 15 km im Umkreise wurden einer internationalen Interessensphäre unterstellt, die den Gegenstand, den wir hier behandeln, sehr nahe berührt.

Die amerikanischen Republiken Ecuador und Chile besitzen endlich einzelne Inseln, die sehr weit vom Mutterlande liegen (z. B. die Inseln Galapagos für Ecuador); aber alle werden direkt vom Mutterlande verwaltet.

Eine grosse Wichtigkeit besitzt ferner eine ganz andere Tatsachengruppe: Von wem sind die Gebiete mit beschränkter Freiheit bewohnt? Um mich hier nicht zu wiederholen, muss ich auf meine Broschüren über die «Vereinigten Staaten der Erde» (Lausanne, Peytrequin, rue Haldimand 18), Kap. III, Seite 14—20, Kap. VIII, Seite 44, Kap. XIV, Seite 85, und über «den Supranationalen Frieden» (Holländische Nachrichten 1916, Haag), Seite 18, 22 und 23 verweisen. Dort habe ich die Notwendigkeit einer internationalen Vormundschaft über die wirklich niedrigen Rassen, deren Unfähigkeit zu einer etwas höhern Kultur durch eigene Kräfte zufolge Tatsachennachweis (siehe z. B. Haïti und Liberia) feststeht, und ebenfalls die andere ebenso wichtige Notwendigkeit des Schutzes wirklicher Kulturstaaten gegen eine für sie gefährliche Einwanderung bewiesen und begründet. In der Tat gibt es niedrige Menschenrassen, deren Gehirn erheblich kleiner ist als das unsrige und auch andere Rassen mit allzu erblichen Nomaden- und Wilden-Instinkten, um durch Erziehung allein korrigiert werden zu können. Zum Henker somit mit den dogmatischen Hypothesen, welche eine Gleichheit feststellen wollen, da wo sie nicht vorhanden ist, und dadurch unsere ganze, mit so grosser Mühe erworbene Kultur aufs Höchste gefährden. Bei Anlass der Religions- und Glaubensfreiheit müssen die genannten Tatsachen ebenso berücksichtigt wer-

den. Unter der Maske schöner dogmatischer Grundsätze darf man nicht dahin zurückkrebsen, die Menschenfresserei, den Scheiterhaufen einer Witwe auf dem Grabe ihres soeben verstorbenen Gatten, und ebensowenig die Sklaverei eines in einem Harem eingesperrten Weibes für statthaft zu erklären.

Ein wahres internationales Protektorat der Kolonien usw. kann allein dadurch alle jene Klippen umgehen, dass es tatsächlich überall den Schwachen gegen die individuellen und kollektiven Missbräuche der Kraft wirksam schützt. Das erreichbare Maximum einer wohlverstandenen sozialen Freiheit muss, um auf die Interessen der ganzen Menschheit ausgedehnt zu werden, notwendigerweise andere Freiheiten einschränken; ich weise hier nur auf Eugenik und auf gewisse konfessionelle Missbräuche hin.

Man muss also die Qualität der Rassen, die die Kolonien und andere ähnliche Gebiete bewohnen, berücksichtigen. In solchen Dominions, deren Einwohner aus einer grossen Mehrheit ausgewanderter Kulturvölker bestehen (Kanada und Australien), ist die Frage ganz einfach zu lösen. Aber selbst dort geben die Reservationen zu Machtmissbräuchen Anlass. In Kanada sieht man wohl Indianer unsere Kultur nach und nach annehmen; ich sah dort selbst solche, die Klavierspieler und reiche Händler geworden waren. Aber die eingeborenen Australier sind dazu ganz unfähig. Anderswo, z. B. in Indien und in Südafrika, ändert sich die Sache gänzlich. Dort gibt es niedere Rassen (Dravidas, Weddas, Akkas, Neger etc.), die gegen Missbräuche geschützt werden müssen; die Kaffern z. B. werden von den Buren meistens schlecht behandelt. Das Gleiche findet in der Mehrzahl der eigentlichen Kolonien statt. Hier muss man jedes Dogma über die Frage, ob diese oder jene Rasse mehr oder weniger kulturfähig ist oder nicht ist, beiseite lassen, und über alle noch barbarischen Völkerschaften auf internationalem Wege eine provisorische Vormundschaft organisieren. Die praktischen Resultate, die später durch die systematische Erziehung, verbunden mit fortschreitendem sozialem Unterricht, jener barbarischen Völkerschaften erzielt werden, sollen in der Zukunft entscheiden.

Man wird nun begreifen, weshalb die Geschichte der Kolonien so verschieden angefangen hat: gewaltsame Eroberung (Amerika nach Kolumbus z. B.), Tauschhandel, Kauf, Verpachtung, verführerische Protektorate, heuchlerisches Uebereinkommen der Starken über ihre Interessensphären und dergleichen mehr. In der Türkei wurden z. B. zu Gunsten der Händler der Grossmächte schändliche sogenannte «Kapitulationen» vereinbart; mit käuflichen Häuptlingen wurden zum Nachteil ihrer Untertanen kaum weniger zweifelhafte sogenannte Vergleiche geschlossen — das alles zum Zweck der Ausbeutung gewisser Gegenden zum Nachteil ihrer Ureinwohner und deren Arbeit. Fügen wir den früheren Transport der Neger als Sklaven nach Amerika und heute denjenigen der Chinesen und Hindous als Kulis hinzu. Alsdann werden wir in zwei Strichen das unwürdige Bild vor uns haben, wie der Mensch die Frei-

heit und die Arbeit anderer Menschen in den Kolonien zu missbrauchen pflegte und heute noch pflegt.

Es ist gewiss nicht zu früh, hier eine Wandlung zu schaffen. Die Hauptursache, durch welche heute noch das Uebel fortgesetzt wird, liegt in der absoluten Oberherrschaft, die jeder Staat zum Nachteil der Menschheit als Ganzes genießt, und infolgedessen in der internationalen Anarchie, die aus jener absoluten Suveränität hervorgeht. Auf der andern Seite merken wir bereits am Horizont lichtvolle Morgenröte: Die Dominions und das internationale Protektorat von Tanger. Lassen wir uns durch dieselben leiten. Was eine gute Organisation, sowie die Aufrichtung der Kolonien zur höheren Bildung und Selbständigkeit hin betrifft, muss zugestanden werden, dass Grossbritannien zu allererst, besonders infolge seiner, die Vereinigten Staaten Nordamerikas gebärenden Niederlage, das gute Beispiel gegeben hat.

* *

*

Flüchtiger Entwurf der Grundlagen eines wahren internationalen Protektorates der Kolonien usw.

1. Im zukünftigen internationalen Völkerbund wird ein spezielles Kolonialdepartement für das «internationale Protektorat der Kolonien und anderer Erdgebiete mit beschränkter Freiheit vorgesehen». Unter den Repräsentanten eines solchen Departements müssen die gegenwärtig kolonielosen Staaten (z. B. Oesterreich-Ungarn, Serbien und die Schweiz) auch vertreten werden. Herr Carl Zimmermann hat sogar vorgeschlagen, denselben ein proportionales Optionsrecht über die Gesamtheit der Kolonialprodukte zu geben, damit sie das nötige Lebensminimum ihrer Angehörigen sicher erhalten.

Die proportionell gewählten Vertreter der Staaten (sehr kleine Staaten dürften vielleicht zusammen nur einen Vertreter wählen) werden einen allgemeinen Rat bilden. Dieser wird aus seiner Mitte einen Vollzugsausschuss wählen und sich selbst mit Expertenkommissionen ergänzen, die alle speziellen Fragen genau studieren und darüber nützliche praktische Vorschläge für die Weiterentwicklung des grossen humanitären Werkes ausarbeiten werden.

Die Zahl der Mitglieder des allgemeinen Rates, den jeder Staat für das Kolonialdepartement wählen wird, muss der Wichtigkeit des betreffenden Staates und der Zahl seiner Einwohner proportionell entsprechen. Aber ich überlasse kompetenteren Persönlichkeiten, als ich darin selbst bin, die Aufgabe, die bestmögliche Grundlage für jene Auswahl zu treffen.

2. Die Interessensphären, die Pachtgebiete (in China) und die Protekto-

rate, wie sie bis heute bestanden haben, werden samt und sonders dem internationalen Kolonialdepartement übergeben. Dieses wird darnach trachten, so gut wie möglich die Handelsinteressen derjenigen Staaten zu wahren, die heute Protektorate besitzen.

Was die Pachtgebiete und die Interessensphären betrifft, kann hier kein Zweifel bestehen. Schwieriger ist die Sache für die heutigen Protektorate, da diese alle Uebergänge zu den eigentlichen Kolonien darbieten. Man wird hier jeden besondern Fall für sich selbst nach seinem inneren nationalen und internationalen Wert (z. B. Tripolis, Tunis und Aegypten) zu beurteilen haben und demnach verfahren.

3. Die eigentlichen Kolonien und die Dominions bleiben unter der Spezial-Verwaltung derjenigen Staaten, die sie heute besitzen. Sie werden aber unter das allgemeine Protektorat und die Oberaufsicht des internationalen Kolonialdepartements gestellt.

Hier ist es sehr nötig, einerseits die Kompetenzen der heutigen Besitzer von Kolonien und Dominions und andererseits diejenigen des internationalen Kolonialdepartements scharf zu umgrenzen, damit durch eine gute und feste Organisation unvermeidliche gegenseitige Reibungen auf das möglichste Minimum beschränkt werden. Eine glückliche und vollkommene Cooperation der Kräfte kann letztere allein auf das gemeinsame Interesse der ganzen Menschheit konzentrieren.

4. Zu jenem Behufe müssen Freihandel, offene Türe und Freiheit der Meere, so wie sie im Mindestprogramm der Haager Konferenz im April 1915 gefordert wurden, als Grundlage sine qua non der ganzen hier vorgesehenen Organisation betrachtet werden.

Schwieriger ist die Frage der Einwanderung. Die ganze Frage ist sehr dornenreich, und ich behaupte nicht, sie hier lösen zu können. Gewisse Völker vermehren sich wie Kaninchen, z. B. Chinesen und Japaner, zum Teil auch die Neger. Andere sind dagegen übertriebene Neomalthusianer, wie vor allem die Franzosen. Da wo die Rassen in sozialer Beziehung guter Qualität, d. h. arbeitsam, ethisch höherstehend und intelligent sind, hat ihre nicht übermässige Vermehrung durchaus keine Nachteile. Aber man darf sich gewiss gegen das Eindringen niederer Rassen und minderwertiger Individuen verteidigen. Alles wohl erwogen, glaube ich, zwei Arten Vorkehrungen empfehlen zu sollen:

Fakultativer Schutz gegen die Einwanderung:

a) Die Staaten können aus eugenischen Gründen, das heisst aus Gründen einer guten menschlichen Zuchtwahl, nach dem Beispiel der Vereinigten Staaten, besonders einiger derselben, jede Einwanderung und Einbürgerung solcher Individuen verbieten, die entartet, verbrecherisch angelegt, oder sonst entschieden minderwertig sind. Ausserdem werden sie die Einwanderung oder Einbürgerung solcher Rassen, deren Minderwertigkeit wissenschaftlich fest-

steht, verhindern dürfen. Das Gleiche werden sie bei gewissen andern, von den ihrigen sehr verschiedenen Rassen tun dürfen, die gar zu massenhaft eindringen, wenigstens solange dieselben nicht mittelst einer vernünftigen Eugenik ihrer übermässigen Vermehrung genügende Grenzen gesetzt haben.

b) Jeder Staat hat das Recht, nach zehnjährigem Aufenthalt (man könnte auch einen längern Zeitraum festsetzen) die Einbürgerung jedes Eingewanderten zu fordern. Ein Staat muss das Recht haben, sich auf solche Weise gegen Einwanderer zu schützen, die sich ihren nationalen Bürgerpflichten auf die Dauer entziehen wollen. Auf diese Weise würden die Staaten das Recht erhalten, durch Verweigerung des Bürgerrechtes jeden Eingewanderten nach zehn Jahren nach Hause zurückzuschicken, wenigstens wenn sie von ihrem Rechte einen extremen Gebrauch machen wollen. Man täte jedoch meiner Ansicht nach Unrecht, so weit zu gehen. Es ist vielmehr durchaus nötig, einer eventuellen Verweigerung des Bürgerrechtes gerechte Schranken zu setzen. Andererseits dürfen gewisse Staaten sich nicht ohne weiteres erlauben, ihren ganzen Ausschuss an Bevölkerung zum Nachteil anderer Staaten einfach auf deren Gebiet zu werfen. Diese Gefahr besteht vor allem von Seite solcher Nationen, die sich gar zu stark vermehren.

c) Selbstverständlich dürfen Staaten, die von derartigen Massregeln getroffen werden, ihrerseits ähnliche Repressalien ausüben.

Schutz der Freiheit der Einwanderung:

a) Mit den fakultativen, oben bezeichneten Einschränkungen, a, b und c ist die Einwanderung in jedem Lande gestattet.

b) In Sachen der Einwanderung haben die Kolonialregierungen die gleichen Rechte wie die Einzelstaaten.

c) Der erfolgreichste Schutz gegen eine schädliche Uebervölkerung mit Individuen und Rassen schlechter Qualität zum Nachteil derjenigen, die gute Eigenschaften besitzen, besteht in der Anwendung einer rationellen Eugenik in allen Ländern. In dieser Hinsicht verweise ich auf die No. 5 f. Diejenigen Staaten, die an Uebervölkerung leiden, sollten, bevor sie darüber klagen, oder mit Gewalt in die übrigen Länder eindringen, bei sich selbst die Eugenik einführen.

Im übrigen sollte die sehr ernste Frage der Einwanderung, die mit jedem Tag brennender wird, einer speziellen internationalen Kommission zum vertieften Studium in allen Ländern überwiesen werden. So dürfte man auf rationelle Weise zu Konkordaten zwischen Staaten kommen, die auch auf andern Gebieten sehr nützlich sein werden.

5. Pflichten und Rechte des permanenten internationalen Kolonialdepartements, mit Hülfe einer Mitwirkung der gegenwärtigen kolonialen Regierungen.

a) Die oberste Gerichtsbarkeit unter Mithülfe der bisherigen kolonialen Behörden. In ihren allgemeinen Grundlagen wird diese Obergerichtsbarkeit

einheitlich sein, aber nach den örtlichen Verhältnissen und nach den Verschiedenheiten der einheimischen Rassen wird sie je nach Notwendigkeit spezialisiert.

Männer, Weiber und Kinder der Eingeborenen werden gegen jeden Machtmissbrauch wirksam geschützt.

b) Wo es immer nur angezeigt ist, und zwar je nach den Verhältnissen eines jeden Staates, wird eine entweder bleibende oder nur provisorische, aber immer milde und menschenwürdige Vormundschaft der niedrigen oder noch barbarischen Rasse organisiert. Der Zweck jener Vormundschaft besteht sowohl in der fortschreitenden Erziehung genannter Rassen, und vornehmlich ihrer Kinder, mittelst eines guten Unterrichtes (natürlich entsprechend angepasst) zur sozialen Arbeit, als darin, dass man dieselben an jedem Missbrauch oder jeder Grausamkeit aller Arten, besonders Kindern und Frauen gegenüber, hindert.

c) Schutz der individuellen Freiheit aller Einwohner der Kolonie, sowohl der Eingeborenen als auch der Pflanzler und Ansiedler. Freiheit der Sprache und des Glaubens, Zivilrechte usw. Für die letztern sind selbstverständlich die unter «b» eventuell vorgesehenen vormundschaftlichen Beschränkungen vorbehalten.

d) Allgemeine Aufsicht der Schule in jeder Sprache und der sozialen Erziehung der Eingeborenen und der Ansiedler in denselben. Schaffung oder Subventionierung (je nach den Fällen) von landwirtschaftlichen und technischen Schulen, sowie von kolonialen Hochschulen, die, je nach den besondern Bedürfnissen der Kolonie, mit dazu angepassten Spezialfächern (z. B. Bergwerk-, Bewässerungsakademien und dergleichen versehen werden. Ab und zu sollen koloniale Ausstellungen stattfinden.

e) Organisation eines Zivildienstes für Eingeborene und Ansiedler. Dieser soll den besondern Verhältnissen der Kolonie und den Eigenschaften jeder Rasse gut angepasst werden. Um mit Erfolg gegen die Raubgier der Handelstruhs anzukämpfen, sollen aus Eingeborenen und Ansiedlern bestehende Berufsgenossenschaften in jeder Kolonie und dergl. organisiert werden.

f) Praktische Schaffung oder Weiterausdehnung einer gesunden und menschenwürdigen Eugenik, besonders den Verbrechern und Geisteskranken gegenüber (siehe besonders die betreffenden Gesetzgebungen mancher nordamerikanischen Staaten). Damit soll vornehmlich der unbändigen Vermehrung einer ungesunden, unfähigen, krankhaften oder verbrecherischen Bevölkerung gesteuert werden.

g) Energischer Kampf gegen den Alkoholismus sowohl als auch gegen Opium-, Kokaïn- etc. Gebrauch, und zwar durch das Gemeindebestimmungsrecht oder durch das totale Verbot (bei Eingeborenen ist letzteres überall angezeigt) des Alkohols und der andern sozialen Gifte, die noch als Genussmittel verwendet werden.

h) Fortschreitende Einführung des Frauenstimmrechtes.

i) Einführung einer leichten internationalen Verständigungssprache, analog dem Esperanto, und obligatorisch in allen Schulen.

k) Jede weitere Schöpfung oder Weiterentwicklung, die ähnlich den Vorhergehenden für die Zukunft wünschbar werden sollte.

Inwiefern die Punkte a bis i auf Interessensphären, Pachtgebiete und Protektorate auszudehnen sind, wird nunmehr ausschliesslich Sache des internationalen Kolonialdepartements.

6. Den gegenwärtig Kolonien besitzenden Staaten wird folgendes vorbehalten:

a) Die Verwaltung ihrer Kolonien in Beziehung auf Handel und andere Dinge, mit Vorbehalt der Punkte a bis k hier oben, die das Protektorat und die Oberaufsicht des internationalen Kolonialdepartements betreffen.

Hier muss die Aehnlichkeit des vorliegenden Entwurfes mit den Schweizer Kantonen und mit den Staaten Deutschlands betont werden, die, obwohl beschränkt souverän, unter der Oberherrschaft des schweizerischen Bundes und des Kaisertums Deutschlands stehen.

b) Die Polizei in ihren Kolonien, unter Vorbehalt der Obergewalt einer supranationalen Polizei oder eines supranationalen Heeres, die anderweitig für den internationalen Völkerbund vorgesehen ist.

Den Dominions steht es frei, sich fortschreitend von ihrem Mutterlande zu emanzipieren. Sie werden es dennoch nur dann tun können, wenn eine Mehrheit von vier Fünfteln ihrer Bevölkerung aus jeder im Artikel 5 b hier oben vorgesehenen Vormundschaft sich befreit haben wird, und wenn eine gleiche Mehrheit von vier Fünfteln in einer oder mehreren Sprachen zu lesen und zu schreiben fähig sein wird. Eine so befreite Dominion wird, sobald sie es wünscht, und auf der gleichen Stufe wie andere Staaten, einen Staat des internationalen Völkerbundes bilden.

8. Die eigentlichen Kolonien können die Befugnisse einer Dominion erhalten, sobald eine Mehrheit von zwei Dritteln der Bevölkerung aus jeder Vormundschaft nach dem obigen Artikel 5 b ausgetreten sein wird, und sobald die gleiche Mehrheit lesen und schreiben kann.

Schluss. Selbstverständlich habe ich hier nur den ersten Entwurf des Gegenstandes skizzieren können; kompetentere Leute, als ich es bin, werden diese Skizze ausarbeiten und verbessern müssen, damit sie reifen kann. Die Begriffe der Interessensphäre, des Pachtgebietes, des Protektorates, der eigentlichen Kolonie, der Dominion und der Reservation sind alle schwebend und bilden unter sich zahlreiche Uebergänge. Deshalb, ich wiederhole es, muss man sich von jedem Dogmatismus fernhalten und alle besondern Fälle individuell nach ihren speziellen Eigentümlichkeiten beurteilen. Ein vertieftes Studium verdient ebenfalls die Frage der gegenseitigen Kompetenzen einerseits der Sonderstaaten und andererseits des internationalen Völkerbundes, d. h. ihres Kolonialdepartements.

Hier habe ich allgemeine Gedanken entworfen; andere mögen dasselbe tun: Aus dem Chaos der Gedanken entspringt das Licht.

Ich kann nicht schliessen ohne meinem teuren, verehrten Freund, Professor Dr. Otto Stoll in Zürich, für seine Liebenswürdigkeit und für die grosse Mühe herzlichst zu danken, die er sich nahm, die nötigen Tatsachen zusammenzustellen, die der vorliegenden kleinen Arbeit als Grundlage gedient haben; seine grosse Kompetenz in der geographischen Wissenschaft und in den Fragen der Kolonialverwaltung veranlassten mich, ihn darum zu bitten. Ich danke ihm umso mehr, da er meine Ansichten, resp. Tendenzen, zum grossen Teil nicht vertritt.



BERTHOLD WELTNER, LEIPZIG: WICHTIGE FORTSCHRITTE IN DER RATIONELLEN AUSNÜTZUNG DER MENSCHLICHEN ARBEITSKRAFT.

EIN BEITRAG ZUR ARBEITERFRAGE.

(Vorbemerkung der Redaktion: Bekanntlich hat eine der jüngsten Regierungskonferenzen der Entente beschlossen, nach dem Kriege auf die allgemeine Einführung des Taylorsystems hinzuarbeiten. Darum wird die vorliegende wertvolle Arbeit doppelt willkommen sein.)

DER Amerikaner Frederick Winslow Taylor (gestorben 1916) äusserte zwar aus Bescheidenheit den Wunsch, dass die von ihm erdachten «Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung» *) nicht nach ihm «Taylorsystem» genannt werden, aber trotzdem sind sie allgemein unter dem Namen Taylorsystem bekannt.

Die Grundgedanken Taylors beruhen auf der Erkenntnis, dass die Uebertragung der Intelligenz nicht nur auf die Maschinen, sondern auch auf die Arbeit notwendig ist. Der so fruchtbare Grundsatz der modernen Industrie, nichts zugrunde gehen zu lassen, führte Taylor zu der Forderung, dass der Betriebsleiter nicht nur mit der Kraft, sondern auch mit der Zeit seiner Arbeiter haushalte. Um dieses Ziel zu erreichen, ging Taylor dazu über, die Methoden der experimentellen Psychologie auf jede Arbeitskategorie, ja jeden einzelnen Hand-

*) „Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung“ von F. W. Taylor, deutsch von Dr. Rössler, 11.—15. Tausend. Verlag R. Oldenbourg, München und Berlin, 1917.

griff anzuwenden; er bewies, dass aus der konsequenten Durchführung seiner Forderungen sich der Aufbau einer neuen, sehr interessanten Wissenschaft, die man etwa Psychotechnik nennen könnte, ergibt.

Auf den ersten Blick erscheint dies ebenso unsinnig wie unrentabel, und wir vermögen das Erstaunen nachzuempfinden, welches sich der amerikanischen Geschäftswelt bemächtigte, als ein Anhänger des Systems in einer Kommissions-sitzung des Senats der Union die Behauptung aufstellte, dass bei folgerichtiger Durchführung des Systems den Eisenbahngesellschaften der Union tagtäglich rund eine Million Dollar Ersparnisse erwachsen würden.

Versuchen wir, uns mit dem interessanten Gegenstand vertraut zu machen, und zwar an Hand einiger sehr lehrreicher Beispiele, da hierzulande darüber noch grosse Unklarheit herrscht.

Der Psychotechniker erhält den Auftrag, in einem grossen Stahlwerk beim Verladen von Eisenbarren sein System einzuführen; das erfordert eine monate-, ja z. T. jahrelange Arbeit. Die erste Aufgabe ist, die Durchschnittsleistung eines für diese spezielle Arbeit geeigneten Arbeiters einwandfrei festzustellen. Der Mann wählt einige Arbeiter aus, die er für tüchtig hält und bezahlt ihnen einen erhöhten Lohn, um sie zu einer Maximalleistung anzuspornen. Dann wird jeder Handgriff beobachtet und mit Hülfe einer Stoppuhr unzählige Male in Statistiken eingetragen, die Entfernung des Wagens von den Eisenbarren bis zu einem Optimum variiert, in regelmässigen Abständen für Ruhepausen gesorgt, die Grösse der Barren und die Form der Schaufeln so lange gewechselt usw., bis man glaubt, ein Höchstmass der speziellen Leistung erreicht zu haben. Aus all diesen guten Leistungen wird eine durchschnittliche Normalleistung festgestellt, für die man eine entsprechend erhöhte Lohnskala einführt. Dann werden die Arbeiter, die sich nicht für die in Frage stehende Arbeit eignen, ausgeschaltet und allmählich stellt man an Hand regelmässiger Kontrolle der individuellen Leistungen eine Gruppe von Arbeitern zusammen, die tatsächlich die erwähnte Normalleistung dauernd und ohne Ermüdung zuwege bringen. Das Resultat in unserem Beispiel war folgendes: Während früher 400 bis 600 Verlader nötig waren, wurde dieselbe Arbeit nach dem neuen System von 140 Arbeitern erledigt, indem ein Mann durchschnittlich statt 16 Tonnen Roheisen pro Tag 59 verlud. Früher war der Durchschnittstaglohn etwa 4 M. 80, während er jetzt etwa 7 M. 80 betrug. Trotz dieser wesentlichen Lohnerrhöhung waren die durchschnittlichen Kosten für Transport und Verladen pro Tonne von 36,4 Cts. auf 17,3 Cts. gesunken, in welchem niedrigen Betrag alle durch das System nötig werdenden Extraauslagen, wie Bureauauspesen, Werkzeug, die Löhne und Gehälter aller Meister, Aufsichtsbeamten, Bureauangestellten usw. inbegriffen sind. Die Ersparnis im ersten Jahr betrug rund 420 000 Frs., so dass das betreffende Stahlwerk billiger zu liefern imstande war.

Während dieses erste Beispiel die Anwendung des Systems auf denkbar

primitivste Arbeit zeigt, soll ein zweites das Vorgehen bei einer die geistigen Fähigkeiten in Anspruch nehmenden Arbeit dartun. Taylor sollte nämlich den Betrieb der grössten amerikanischen Fabrik von Stahlkugeln für Kugellager reorganisieren. Für diese Stahlkugeln ist es von grosser Bedeutung, dass sie keinerlei Fehler haben. Die Prüfung auf Fehlerlosigkeit wurde bisher von 120 Mädchen gemacht, indem sie die Kugeln einzeln zwischen Finger und Handrücken bewegten und dann die gezahnten, weichen, zerkratzten oder im Feuer gesprungenen Kugeln ausschalteten. Diese Fehler sind oft so geringfügig, dass sie nur von einer geübten Arbeiterin entdeckt werden können. Auch hier prüfte Taylor die Mädchen zuerst systematisch auf ihren sogenannten «persönlichen Koeffizienten», d. h. auf die Schnelligkeit, mit der das Gefühl eines Fehlers vermittelt des Tastsinns dem Gehirn übermittelt und dort durch zweckmässige Assoziation die die Kugel ausscheidende Bewegung der Hand veranlasst wurde. Zunächst kam Taylor dahinter, dass diese Arbeit zu anstrengend ist, um den ganzen Tag über intensiv verrichtet zu werden; daraus ergab sich nicht nur eine Kürzung der Arbeitszeit insgesamt, sondern auch die Forderung der Einschaltung einer Ruhepause von 10 Minuten nach je $1\frac{1}{4}$ Stunden Arbeit. Es gehört eben zu Taylors System, dass die feinen psychologischen Methoden an Hand der Stoppuhr und der Statistiken jede Ermüdung unverzüglich registrieren, worauf sofort dafür gesorgt wird, dass der oder die Arbeitende während der ganzen Dauer der Arbeit dieser das ganze Interesse zuwende; dies ist aber ohne Schädigung der Arbeiter nur unter Ausschaltung der Ermüdung zu erreichen. Was war nun hier das Ergebnis? Die Mädchen verdienten 80 bis 100 Prozent mehr als vorher, ihr Arbeitstag wurde von $10\frac{1}{2}$ auf $8\frac{1}{2}$ Stunden herabgesetzt, der freie Samstagnachmittag wurde beibehalten, aber ausserdem wurden vier richtig verteilte Erholungspausen pro Tag eingeschaltet, die ein Ueberarbeiten einer gesunden Arbeiterin unmöglich machten; endlich wurden jährlich kurze Ferien eingeführt. Bei dieser Reorganisationsanordnung leisteten 35 Mädchen dieselbe Arbeit, die vorher von 120 geleistet wurde, und zwar war die Genauigkeit der Arbeit auf Grund scharfsinniger Prüfungsmethoden trotz der Arbeitsbeschleunigung um zwei Drittel grösser als bei dem früheren Tempo.

In einem dritten Falle handelte es sich um Maurerarbeiten, nämlich um Aufführung von Backsteinbauten. Durch genaue Prüfung jedes dabei nötigen Handgriffes, durch entsprechende Anordnung des Arbeitsmaterials und der Werkzeuge kam es dazu, dass die Handgriffe der Maurer von 18 auf 5 an Zahl verringert und diese fünf Handgriffe mit beiden Händen, statt mit nur einer ausgeführt wurden, und so erzielte der betreffende Arbeitgeber, obgleich seine Maurer organisiert waren, eine durchschnittliche Leistung von 350 Ziegeln pro Stunde, während sonst die amerikanischen Maurer pro Stunde nur etwa 120 Ziegel (also ein Drittel der obigen Leistung) legen.

Zum Schluss sei noch ein Fall erwähnt, in welchem Taylor sein System auf die Metallschneidemaschinen anwandte, um eine wissenschaftlich einwand-

freie Antwort auf die Frage zu erhalten, mit welcher Geschwindigkeit die entsprechende Maschine laufen und welche Spannbreite der Metallhobel haben muss, um seine Arbeit in der aller kürzesten Zeit zu vollbringen. So einfach die Fragestellung erscheint, so verwickelt war die Lösung, die Taylor nach einer Arbeit von 26 Jahren fand. Es wurden dazu über 50 000 Schnittversuche sorgfältig protokolliert und die Statistiken erklässigen Mathematikern zur Bearbeitung gegeben, die nach vielem vergeblichen Umhertappen für jede der zwölf in Frage kommenden unabhängigen Variablen eine einwandfreie Formel fanden und danach einen besonderen Rechenschieber bauten, mit dessen Hilfe heute jeder intelligente Arbeiter in wenigen Minuten das Optimum der Arbeitsbedingungen für jede Stahlorte selbst ablesen kann. Um zu diesem Ergebnis zu kommen, zerschnitt man mehr als 400 000 kg Stahl und Eisen mit den Versuchswerkzeugen zu Spähnen; schätzungsweise wurden für diese Untersuchungen rund 200 000 Dollar ausgegeben.

Im Folgenden soll das Taylorsystem kurz gekennzeichnet, ferner sollen die gegen dasselbe erhobenen Einwände auf ihre Stichhaltigkeit untersucht werden. Taylor selbst charakterisiert sein System als «Pensumsystem» gegenüber dem früheren «Initiativesystem». Früher musste der Betriebsleiter die Ausführung der Arbeit ganz den Arbeitern überlassen und musste sich auf Aufmunterung und die persönliche Initiative der Arbeiter stützen, falls er eine vermehrte Erzeugung erzielen wollte, während Taylor wissenschaftlich das Pensum feststellt, das ein für eine bestimmte Arbeit physisch und psychisch geeigneter Mensch tatsächlich ohne Uebermüdung leisten kann; er fordert dieses Pensum als tatsächliche Arbeitsleistung und gibt dafür eine dauernde Lohnerhöhung bis zu 100 Prozent und bei Bedarf auch eine Herabsetzung der Arbeitszeit. Er will, dass der Betrieb sowohl den Verdienst des Arbeitgebers als auch den des Arbeiters steigere, und er weist an einer Reihe von Beispielen nach, dass dergestalt ein Vertrauensverhältnis zwischen der Betriebsleitung und den Arbeitern geschaffen wird. Taylor käme also auf einem wissenschaftlich vertiefteren Wege zu der schon in vielen Betrieben eingeführten Gewinnbeteiligung, die von einem ihrer Hauptverfechter, Leopold Katscher, kurz mit dem Schlagwort charakterisiert wurde: «Mit, nicht gegeneinander». (Vergl. dessen gleichnamiges Buch — Dresden 1905 — und seine Schrift «Die Gewinnbeteiligung» — Leipzig 1904.)

Wie das auf empirischem Weg gefundene Prinzip der Gewinnbeteiligung der Angestellten sich bei vernünftiger Anwendung fast überall glänzend bewährt hat, so zeitigt bislang auch das auf streng wissenschaftlicher Grundlage beruhende Taylorsystem bei folgerichtiger Durchführung durchweg glänzende Erfolge, die die Ergebnisse jedes Initiativesystems weit hinter sich lassen: «Wenigstens 50 000 Arbeiter in den Vereinigten Staaten sind gegenwärtig unter diesem System tätig und erhalten täglich 30 bis 100 Prozent höhere Löhne, als

Leute gleichen Schlages unter den alten Verhältnissen verdienen, während die Gesellschaften selbst, für die sie arbeiten, besser gedeihen als je zuvor. In ihren Betrieben hat sich die Produktion pro Mann und Maschine durchschnittlich verdoppelt. Diese ganzen Jahre über ist bei den Leuten, die unter dem neuen System arbeiten, nicht ein einziger Ausstand zu verzeichnen. An Stelle der argwöhnischen Ueberwachung und der mehr oder weniger offenen Kampf Stimmung, die für die gewöhnlichen Betriebe charakteristisch sind, ist allgemein ein freundschaftliches Zusammenarbeiten zwischen Verwaltung und Arbeitern getreten.»

Dadurch ist der naheliegende Einwand gegen das System widerlegt, dass es nur den Zweck habe, den Arbeiter noch mehr auszubeuten und ihn noch mehr zur Maschine herabzudrücken. Taylor wendet sich scharf gegen das heute noch allgemein verbreitete System des «ca-canny», d. h. «sich von der Arbeit Drückens», er beweist, dass eine erhöhte Erzeugung eine Erniedrigung der Preise und damit einen gesteigerten Konsum zeitige. Er beweist ferner, dass das System dem Arbeiter, dem Betrieb und dem Konsumenten wesentliche Vorteile bringe und folglich als der Gesamtheit nützlich zu bezeichnen sei. Er verweist auf den ermüdenden und entsittlichenden Einfluss des «Sich Drückens», der ungeheure Werte zugrunde gehen lasse. Er warnt aber auch vor übertriebenen Hoffnungen; das System sei kein Universalheilmittel, da das Wohlergehen des Einzelnen, einer Klasse und der Allgemeinheit von zu vielen Faktoren abhängen; «Solange bequeme und unpraktische Leute geboren werden und andere, die habgierig und brutal sind, solange es Laster und Verbrechen gibt, solange wird auch Armut, Elend und Unzufriedenheit unter uns herrschen.» Das System ist, wie Taylor beweist, nur durchführbar, wenn der Betriebsleiter tatsächlich willens ist, den Arbeiter für seine Mehrleistung angemessen zu entschädigen. Es liegen bereits viele entgegengesetzte Versuche vor, die alle kläglich gescheitert sind.

Es ist interessant, auch ein Urteil aus europäischen Arbeiterkreisen zu hören: Das «Korrespondenzblatt der Generalkommissionen der Gewerkschaften Deutschlands» äussert sich folgendermassen: «Das Taylorsystem geht von der ganz richtigen Auffassung aus, dass jeder unnütze Kraftaufwand beim Arbeiten zu vermeiden ist, weil er eine Verschwendung bedeutet, die technisch und volkswirtschaftlich von Nachteil ist. Es überträgt das Prinzip der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auf die menschliche Tätigkeit. — So handelt Taylor durchaus konsequent im Sinne einer modernen Betriebsweise, wenn er den entbehrlichen Aufwand an Arbeitskraft zu reduzieren trachtet, damit auch nicht ein Quentchen Kraft unnütz vergeudet wird. Auch gegen seine Methode, die er zu diesem Zweck ersonnen hat, lässt sich an und für sich nichts einwenden. Er unterscheidet mit grosser Schärfe zwischen dem notwendigen und dem über-

flüssigen Kraftaufwand; während der erstere natürlich bestehen bleiben soll, will er den letzteren ausmerzen. Es wird auch wohl zutreffen, wenn er sagt, dass die Auswahl und Vorbildung zu einem bestimmten Berufe viele Mängel aufweist. Mit grossem Raffinement will das Taylorsystem hierin Wandel schaffen, damit jeder unnütze Kraftaufwand vermieden wird. Jeder Arbeiter soll so praktisch wie nur möglich arbeiten und auf diese Weise in möglichst kurzer Zeit und mit möglichst geringem Kraftaufwand möglichst viel leisten. ... Dass der Arbeiter durch einen höheren Lohn und eine kürzere Arbeitszeit dieser neuen Arbeitsweise geneigt gemacht werden soll, sei nur nebenbei bemerkt.»

Trotz dieser lückenlosen Anerkennung des Inhalts des Systems kommt als Schlussfolgerung:

«Wesentlich anders stellt sich der Arbeiter dazu. Er erkennt durchaus nicht die Fortschritte, die darin enthalten sind, aber instinktiv wittert er auch darin eine verschärfte Methode kapitalistischer Ausbeutung. Darum steht er einstweilen dem Taylorsystem zweifelnd und misstrauisch gegenüber und hütet sich, ein abschliessendes Urteil zu fällen.»

Dieses Misstrauen des Arbeiters ist auf Grund seiner früheren durchschnittlichen Erfahrungen berechtigt, und es wird deshalb die erste Pflicht des Betriebsleiters sein, sich das Vertrauen seiner Leute zu erwerben, wenn er die sehr schwierige Umgestaltung seines Betriebes nach Taylor vornehmen will. Fast die gesamte Fach- und Tagespresse hat zu dem System Stellung genommen. Natürlich ist die Haltung der bürgerlichen und der Arbeiterpresse eine verschiedene. Die bürgerliche Presse ist mit seltenen Ausnahmen für die neue Arbeitsmethode eingetreten. Immerhin bekommen ihre Vertreter ein wenig das Gruseln, wenn sie von den hohen Organisationskosten hören. Heute liegen die Verhältnisse noch so, dass die Einführung des Systems nur für grosse Betriebe in Betracht gezogen wird; doch ist zu erwarten, dass im Lauf der Jahrzehnte jede Arbeitsart von den Psychotechnikern analysiert wird und dass dann die erhaltenen Forschungsergebnisse selbst einen Handelsartikel darstellen, der in Form von Tabellen, Erklärungen, geeignetem Handwerkszeug und nicht zuletzt geschulten Fachingenieuren auf den Markt gebracht und so auch den Inhabern kleinerer Betriebe zugänglich gemacht wird. Die bürgerliche Gesellschaft als solche und vor allem die Grossindustriellen haben ja allem Anscheine nach die Möglichkeit, bei dem System ihre Dividenden zu erhöhen.

Nicht so einfach und einleuchtend liegen die Verhältnisse für den Arbeiter. Dieser hat ganz recht, wenn er dem neuen Propheten genau auf die Finger sieht, bevor er ihm erlaubt, sich auf den Arbeitsplätzen einzubürgern. Die Arbeiterpresse ist bis heute in ihrem Urteil noch nicht einig; manche Blätter lehnen das System als eine verschärfte Ausbeutungsmethode völlig ab; andere verbinden mit einer Anerkennung der theoretischen Grundgedanken Taylors ein Misstrauensvotum gegen deren praktische Durchführbarkeit, und endlich finden wir

auch nicht wenige grundsätzlich anerkennende Aeusserungen neben Erörterung der für die Arbeiterschaft sich daraus ergebenden Massnahmen. Zu überwiegen scheint heute die bedingte und unbedingte Anerkennung.

Die Frage, ob eine erhöhte Gütererzeugung eine Wohltat für die Allgemeinheit sei, mag der Nationalökonom entscheiden. Tatsache ist, dass erhöhte Erzeugung ohne Berücksichtigung der Nachfrage gelegentlich schwere wirtschaftliche Krisen nach sich gezogen hat. Dass ferner durch eine plötzliche Steigerung der Produktion umfangreiche Arbeitslosigkeit entstehen würde, ist klar, doch ist das beim Taylorsystem nicht zu befürchten, da sich dessen Einführung durch die jahrelangen schwierigen Vorarbeiten eben nicht für jeden Betrieb plötzlich durchführen lässt, so dass die Schwankungen des Arbeitsmarktes sich auszugleichen Gelegenheit finden werden. Der schweizerische Gewerkschaftssekretär Jakob Lorenz bestätigt, dass «alles was die Produktion fördert, einen Fortschritt für die Menschheit bilde», so dass ich nicht länger zu verweilen brauche. Ebenso lasse ich die parteipolitischen Erörterungen über die Rolle des Systems in der heutigen kapitalistischen und der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft beiseite und wende mich zum Kern des Problems.

Da finden wir immer wieder die Befürchtung, dass durch die erhöhte Anspannung der Nerven- und Muskelkraft die Gesundheit einen dauernden Schaden erleide, und selbst die in Aussicht stehende Verkürzung der Arbeitszeit und der fast verdoppelte Lohn werden als vergifteter Köder mit Misstrauen abgelehnt. «Der Mensch eine Maschine! Dieser alte Angsttraum der Industriearbeiter wird durch das Taylorsystem zur Wirklichkeit, und mit dem Vorwand, uns täglich zwei Stunden Leben zu schenken, schlägt es uns täglich für sieben Stunden tot Der einzige Nutzeffekt dieses Systems besteht darin, die Arbeit, die sonst in acht Stunden relativ menschlicher, gemüthlicher Tätigkeit geleistet wird, schon in fünf oder sechs Stunden aufreibendster, angespanntester Hetze fertig zu bringen Für die einen und wohl die Mehrzahl ist massgebend die Tatsache des dauernden (unbestreitbaren) Nachteils, den ihre Klasse durch das Taylorsystem erleiden würde und deshalb bekämpft sie es.» So schrieb eine sozialistische Tageszeitung.

Diese Befürchtungen sind durchaus berechtigt, wenn das Taylorsystem unrichtig angewandt wird. Das ist dann aber kein Fehler des Systems, sondern ein kurzsichtiger Betrug des Betriebsleiters, der in unvernünftiger Weise verfährt. In solchen Fällen stehen ja dem Arbeiter die vom Unternehmer gefürchteten Verteidigungswaffen (Streiks usw.) zur Verfügung. Auch erfahren wir von Taylor, dass sein System von einigen Betrieben, wie bei dem fast allen Menschen eigenen Egoismus zu erwarten war, missbraucht wurde, dass diese Versuche aber stets fehlschlügen. Nicht nur die Arbeiter wehrten sich mit Erfolg gegen eine solche Vergewaltigung, sondern auch die Arbeitgeber verloren durch ihre Kurzsichtigkeit die sehr bedeutenden Einführungskosten. Die organisierte Arbeiterschaft ist ein Machtfaktor geworden, der zwar noch

lange gegen historisch gewordene Ungerechtigkeiten wird kämpfen müssen, der aber zweifellos schon heute die Einführung neuer gesundheits-schädigender Arbeitsweisen mit Erfolg verhindern kann. Diese Tatsache ist dem wissenschaftlich geschulten Psychotechniker, den die Arbeiterpresse nicht ohne Ironie Muskelingenieur taufte, wohlbekannt und er hütet sich in seinem eigensten Interesse vor Uebergreifen. Die erwähnten Bedenken werden schon dadurch hinfällig, dass die egoistischen Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer in diesem Falle gleichgerichtet sind. Wir sehen deshalb in dem System eine logische Folgerung und Weiterentwicklung der Arbeitsmethoden, die sich trotz des anfänglichen Widerstandes der Arbeiterschaft durchsetzen. Diese Voraussage leuchtet bei objektiver Betrachtung der Geschichte der modernen Industrie und der Arbeiterbewegung leicht ein.

Gehen wir um einige Jahrzehnte zurück, so stossen wir auf die ganz gleichen Bedenken und Kämpfe des Arbeiters bei Einführung der Maschinen in die Industrie und doch wird heute kein ernster Mensch und sei er der wärmste Arbeiterfreund, bestreiten wollen, dass die Vorteile der Maschinenarbeit deren Nachteile und Schädigungen weitaus überwiegen. Wir geben auch mit gewissen Einschränkungen zu, dass «die Maschinen nur ihren Besitzern genützt haben, dass sie den Arbeitern keine Stunde Arbeitszeit erspart und ihnen nichts gebracht haben, als viel grössere Arbeitsintensität und Lebensgefahr». Auch wir sehen mit blutendem Herzen auf dem Schlachtfeld der Arbeit Jahr für Jahr Hunderttausende fallen und halten die Forderung der Arbeiter auf Beseitigung aller Auswüchse des Zeitalters der Maschine für durchaus berechtigt.

Wenn ich von gewissen Einschränkungen sprach, so waren Industrien gemeint, bei denen die Maschine die gesundheitlichen Schädigungen und die Lebensgefahr der früheren Betriebe verringert oder ausgeschaltet hat. Es kann nicht geleugnet werden, dass die Maschine Tausende vor der Gefahr eines langsamen, sicheren Todes an entsetzlichen Berufskrankheiten rettete, die die frühere Handarbeit in den genannten Betrieben zur Folge hatte. Es sei nur daran erinnert, dass die Arbeiter in der Marmor- oder Granitindustrie selten über 40 Jahre alt wurden und fast durchweg an der Tuberkulose zugrunde gingen, Verhältnisse, für die der französische Sarkasmus das treffende Wort von der «trockenen Guillotine» prägte. Ich bringe diese Einschränkung von der sonst durchaus richtigen Behauptung nur zur Erreichung einer lückenlosen Beweisführung, bin aber der Ansicht, dass der Arbeiter keine Veranlassung hat, den Fabrikanten für die Einführung dieser Spezialmaschinen dankbar zu sein, da die Einführung entweder nur unter dem Druck der Arbeiterschaft geschah oder zum direkten Nutzen des Arbeitgebers, indem dieser mit viel weniger Arbeitskräften eine höhere Produktion erzielte. Gesundheitliche Gefährdung der Arbeiter nach Möglichkeit zu verhindern, ist Sache der Sozialgesetzgebung.

Taylor betont die allbekannte und von der Arbeiterpresse nicht bestrittene Tatsache, dass der Arbeiter bei seiner Arbeit systematisch weniger leiste,

als er ohne weiteres leisten könnte, und zwar habe sich unter dem Akkordsystem die Kunst des «Sich Drückens» vollkommen entwickelt:

«Hat erst ein Arbeiter erlebt, dass der Lohn pro Stück zwei oder drei Mal herabgesetzt wurde als Folge davon, dass er angestrongter gearbeitet und seine tägliche Produktion erhöht hatte, so wird er jedes Verständnis für den Standpunkt des Arbeitgebers verlieren und den festen Vorsatz fassen, keine weiteren Lohnerniedrigungen mehr zuzulassen, wenn er sie irgendwie mit Zurückhalten in der Arbeit verhindern kann.»

Tatsache ist, dass der Arbeiter sicher mehr leisten kann und wird, sobald dem Arbeitgeber die Möglichkeit genommen ist, den Ertrag der Mehrarbeit allein in die Tasche zu stecken. Dabei darf nicht der jedem Physiologen und Psychologen bekannte entsittlichende und direkt demoralisierende Einfluss des «Sich Drückens» vergessen werden, bei dessen Ausschaltung ein zweites Plus zugunsten Taylors ohne Gesundheitsschädigung zu buchen ist. Ich verweise hier auf Taylors unauffällige Beobachtungen an Transportarbeitern, die denselben Weg mit beladenem Schubkarren zwei bis drei Mal so rasch zurücklegten, als mit dem leeren Karren oder auf die Feststellung, dass die Arbeiter zur Fabrik und nach Hause in einem Tempo von vier bis fünf Meilen gingen, im Bereich der Fabrik aber nur mit etwa einer Meile Geschwindigkeit.

Von grosser Bedeutung ist ferner die Forderung Taylors, dass für jede, selbst die scheinbar einfachste Arbeit nur hierfür geeignete Arbeitskräfte angestellt und dass diese erst noch angelehrt werden. Es leuchtet ohne weiteres ein, dass auch damit bei folgerichtiger Durchführung nicht nur eine weitere beträchtliche Mehrleistung erzielt wird, sondern dass auch ein solches Verfahren die Muskeln und Nerven nicht ruiniert, sondern gesünder und stärker macht. Es weiss auch jeder Mensch, der einst irgendwelche beruflichen Handgriffe lernen oder, wenn er sie unrichtig gelernt hatte, umlernen musste, wie man im Beginn der Lehrzeit über seine eigene Ungeschicklichkeit fast verzweifelte. Arbeiten, die uns so viele Mühe und Ueberlegung kosteten, verrichteten die «gelernten» Genossen spielend. Erst wenn man durch Uebung und Anwendung scheinbar unbedeutender Kunstgriffe die Sache auch «los hatte», brachte man ohne Ermüdung und mit Befriedigung das zwei-, drei- oder gar zehnfache der früheren Leistung dauernd fertig. Erwinnere man sich an die Gewandtheit eines geübten Heizers oder eines Feilenhauers oder einer Stickerin. Dass es hier auch Analogien in der geistigen Arbeit gibt, zeigt uns der Vergleich zwischen den Mühsalen eines ABC-Schützen oder der «höheren Tochter» beim Klavierunterricht und den mühelosen Glanzleistungen einer Maschinenschreiberin, eines Schriftstellers oder eines Klaviervirtuosen. Zwischen dem unsicheren Suchen des Setzerlehrlings in seinem Setzkasten und der dahinfliegenden Hand des gelernten Buchdruckers liegen viele Mittelstufen. Eine weitere arbeitsfördernde Bedeutung hat auch der Rhythmus, wie ihn die Bauern beim Dreschen des Getreides oder beim Schärfen der Sensen seit undenklichen Zeiten kennen und wie

er auch von den Arbeitern am Strassenpflaster oder am Eisenbahndamm sich von selbst einstellt. *)

Alle diese Ueberlegungen dürften genügen, um die Erfolge Taylors restlos auf systematische Verhinderung der seitherigen Kraftvergeudung zurückzuführen, ohne dass dabei die Gesundheit irgendwelchen Schaden zu erleiden braucht. Dazu kommt noch ein oft missdeuteter Punkt in Betracht, nämlich die Feststellung der Normalleistung für jede Arbeitsart. Taylor bemisst die Normalforderung nicht nach der grössten Leistung des besten Arbeiters, wie immer wieder behauptet wird; er weigert sich nur, als Normalleistung weniger als die Durchschnittsleistung zwischen den guten und den schlechten und den z. T. ungeeigneten Arbeitern beim System des «Sich Drückens» anzuerkennen. Unter Ausschaltung der sich drückenden, der ungeeigneten und schlechten Arbeiter stellt er als Forderung die Durchschnittsleistung der guten und für die jeweilige Arbeit geeigneten Arbeiter unter genauer Berücksichtigung auch der leisesten Ermüdungserscheinungen fest. Gegen dieses Vorgehen ist vom physiologischen bzw. neurologischen Standpunkt nichts einzuwenden.

Zum Schluss soll noch auf einige Angriffe auf das Taylorsystem eingegangen werden, die vor kurzem anlässlich einer öffentlichen Diskussion in Zürich gegen das System gemacht worden sind. Man sagte, die jetzigen Freunde des Systems seien keine unparteiischen Beurteiler; deshalb sollten in genossenschaftlichen Betrieben Kontroll-Laboratorien errichtet werden, die die Forschungsergebnisse der Unternehmer nachzuprüfen hätten. Die Gewerkschaften würden dann etwa im Sinne der heutigen Tarifverträge dem organisierten Arbeiter vorschreiben, in welchen Betrieben, zu welchem Lohn und wieviel gearbeitet werden dürfe. Diese Kontroll-Laboratorien wären durchaus zu begrüßen, um von vornherein der verschärften Ausbeutung entgegenzutreten, die Forderung eines Minimallohnes halten wir auch für ganz berechtigt; doch erscheint uns eben von diesem Standpunkte aus das Taylorsystem angebracht, da es zum Minimallohn als logische Folgerung eine wissenschaftlich festgestellte Minimalleistung schafft. Im übrigen wurde in Amerika das Taylorsystem durch eine Kommission des Department of Labour, in der auch Arbeiterführer sitzen, geprüft; doch wurden die Prüfungsergebnisse bis heute noch nicht bekannt gegeben. Immerhin erscheinen auch diese Kontroll-Laboratorien der Arbeiterschaft insofern nur als vorläufiger Notbehelf, als auch deren Ergebnisse wieder Parteiurteile wären, die für den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung mit demselben Recht nicht als ausschlaggebend gelten können, wie die Urteile der Arbeitgeber. Besser wäre wohl, diese Forschungsinstitute für Normalarbeits-

*) Vgl. Bücher, Arbeit und Rhythmus. 6. Aufl. Leipzig.

leistung Einigungsämtern zu unterstellen, in denen alle interessierten Teile gleichmässig vertreten wären, und die eventuell mit den psychologischen und technischen Laboratorien unserer höheren Bildungsanstalten zusammenzuarbeiten hätten. Die wirtschaftlichen Evolutionen haben als wichtigsten Antrieb den Egoismus aller Beteiligten; da aber das Taylorsystem mit dem Egoismus sowohl der Arbeitgeber als der Arbeiter rechnet, kann es berufen scheinen, ungesunde wirtschaftliche und speziell arbeitstechnische Verhältnisse auf normalere Wege zu leiten.

Die Frage, ob die grössere Arbeitsintensität nicht einen rascheren Verbrauch der Lebenskraft zur Folge haben werde, muss, so berechtigt sie ist, offen bleiben, da nur von der Zukunft eine Antwort darauf zu erwarten ist. Das Taylorsystem wird aus den angeführten Gründen sicher allgemein werden und es ist dann Sache der Beteiligten, möglichen Auswüchsen sofort entgegenzutreten. Der Arbeiter gewinnt eben mehr Zeit zur Pflege seines Körpers und Geistes und damit auch eine grössere Widerstandskraft. Die Maschine hat ja auch ihren Siegeslauf nur gemacht, weil sie zur Zeit ihrer Einführung dem Egoismus der Machthaber direkten Vorteil brachte und doch brachte sie auch dem Arbeiter eine bedeutend grössere Arbeitsintensität. Die Frage nach der soziologischen Bewertung der fortschreitenden Mechanisierung des Lebens ist ebenfalls erst in der Zukunft zu beantworten.

Es scheint bewiesen, dass das System, wenn folgerichtig angewandt, die Gesundheit nicht schädigt. Kürzere Arbeitszeit und erhöhter Lohn haben erfahrungsgemäss an sich eine bedeutende Mehrleistung zur Folge. Taylor kommt auch auf rein experimentellem Wege zu der längst empirisch gefundenen Tatsache, dass Verkürzung der Arbeitszeit und jede Form der Gewinnbeteiligung der Arbeiter die Erzeugung steigert; den besten Beweis für die Richtigkeit des Systems findet er aber in der Tatsache,

«dass wenigstens 50 000 Arbeiter in den Vereinigten Staaten gegenwärtig unter dem System tätig sind und täglich 30 bis 100 Prozent höhere Löhne als Leute des gleichen Schlags verdienen, während die Gesellschaften selbst, für die sie arbeiten, besser prosperieren denn je zuvor. In ihren Betrieben hat sich die Produktion pro Mann und Maschine durchschnittlich verdoppelt. Diese ganzen Jahre ist bei den Leuten, die unter dem neuen System arbeiten, nicht ein einziger Ausstand zu verzeichnen. An Stelle der argwöhnischen Ueberwachung und der mehr oder weniger offenen Kampf Stimmung, die für die gewöhnlichen Betriebe charakteristisch sind, ist allgemein ein freundschaftliches Zusammenarbeiten zwischen Verwaltung und Arbeitern getreten.»

Taylor selbst warnt vor übertriebenen Hoffnungen; sein System sei kein Allheilmittel. «So lange bequeme und unpraktische Leute geboren werden und andere, die habgierig und brutal sind, so lange es Laster und Verbrechen gibt, so lange wird auch Armut, Elend und Unzufriedenheit unter uns herrschen». Dennoch glauben wir, dass die Arbeiterschaft durch das System

direkt ihren Idealen einen bedeutenden Schritt näher gebracht wird, indem der erhöhte Lohn und die verkürzte Arbeitszeit ihr gestatten, besser für ihre Zukunft und ihre Bildung zu sorgen.

Verantwortlich für die Redaktion: Herr Otto Volkart, derzeit: Zürich, Asylstrasse 66. — Sendungen für die Schriftleitung der Dokumente des Fortschritts sind an die Akademische Buchhandlung von Max Drechsel in Bern, Erlachstrasse 23, zu richten — Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen Rückporto beiliegt.

Druck der Schweizerischen Polygraphischen Gesellschaft Laupen-Bern.

